

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 6 M. monatl. Einzelne Ausg. 30 Pf.
Herausgeber: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postcheckkonto Dresden Nr. 2486.

Auffindungen: Die 32 mm breite Grundzelle oder deren Raum im Aufhängungsstücke 2,50 M., die 66 mm breite Grundzelle oder deren Raum im amlichen Teile 5 M., unterliegt Gelingen 6 M. Entmündigung aus Familien- u. Geschäftsanzeigen.

Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Beihanglisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluss der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanten auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Überleitung (und preisgeleisteten Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungstat Doenges in Dresden.

Nr. 284

Mittwoch, 7. Dezember

1921

(N.) Über zweifelhafte Geschäfte mit Verbänden der Reichsbekleidungsämter berichten jetzt auch Berliner Blätter. Wie das Wirtschaftsministerium mitteilte, hat es selbst schon vor einiger Zeit in Erfahrung gebracht, daß aus dem Dresdner Reichsbekleidungsamt Angestellte in höheren Positionen an die Ledergräfin Salzberger und das Importgeschäft Goldst. beide in Berlin, vertraut worden sind. Eben ehe sich die Tagebücher mit der Angelegenheit beschäftigte, hat das Sächsische Wirtschaftsministerium veranlaßt, daß das Dresdner Polizeipräsidium diese Stoffe im Dresdner Reichsbekleidungsamt wegen Verdachts des Wuchses und Amtsmissbrauchs beschlagnahmte. Es ist zu hoffen, daß durch das rasche Einreichen der Dresdner Polizei die Stoffe dem inländischen Verbrauch ohne Verzerrung durch Getreihandel erhalten werden können.

Die Steuerberatungen im Reichstag.

(Eigene Meldung.)

Die Abreisen des Steuerausschusses im Reichstag, die mit großer Beschränkung durchgeführt werden sollten, werden dadurch verzögert, daß täglich viele Schreiben von Verbänden, Konzernen und Privatpersonen eilauften, die an die einzelnen Abgeordneten oder den Steuerausschuß direkt heranreichten, um Abänderungen der neuen Steuervorlagen zu treffen. Die Prüfungen der Vorschläge nehmen beträchtlich viel Zeit in Anspruch, daß keine Ansicht besteht, vor den Weihnachtsfeiern mit den Beratungen fertig zu werden.

Der preußische Etat.

Der Haupthaushalt des preußischen Landtags berichtet gestern den Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung. Der Vertreter des erkrankten Ministers führte aus, daß die Einnahmen sich nach den letzten Ergebnissen um 1426,9 Mill. M. erhöhen, jedoch ein Zehntel von 923,1 Mill. M. verbleibt, der im wesentlichen aus den geplanten Haushaltsumständen gedeckt werden soll. Die Haushaltsumstände seien derartig im Fluß, daß auch das neue Haftsjahr 1922 wiederum mit einem erheblichen Zehntelbetrag abschließen werde.

Selbstverwaltung in Deutsch-Südwest.

London, 6. Dezember. Die deutschen Vertreter des ehemaligen Deutsch-Südweststaates haben in Pretoria bei General Smuts darauf gedrängt, Deutsch-Südwest nicht zu einer Provinz der Union zu machen, sondern ihm ein eigenes Volkszustimmung und einen eigenen gesetzgebenden Rat zu geben, die der Aufsicht des Volksrates der Union unterstehen. General Smuts erklärte seine Sympathie zu den Forderungen der Deutschen nach einem vollen Bürgerrecht.

General Smuts hat ebenfalls seine Zustimmung zu einem Vorschlag über die Erhaltung der deutschen Schule gegeben. Der Hof von Wolfschlag und die Eisenbahnen nach Gobabis sollen in Angriff genommen werden. Die Regierung plant, die Wolfschlag an Deutsch-Südwest zu übertragen und ihm Uferrechte am Oranjerivier zu geben.

Amerikanische Hilfe für Einwanderer.

Paris, 6. Dezember. Der "New York Herald" berichtet aus Washington: Präsident Harding wird den Kongress um die Bewilligung von Subventionen für die Handelsmarine ersuchen, damit die Häfen aller noch Amerika reisenden Einwanderer auf amerikanischen Schiffen nach den Vereinigten Staaten von Amerika befördert werden kann. Der Plan würde auch die Möglichkeit schaffen, mit größerer Sicherheit die Zahl der Einwanderer auf die jeder einzelnen Nationalität zugeschriebene Quote zu beschränken, und so den bekannten Missständen infolge Überschreitung der Quote abzuheben.

Der zweite Nachtragsetat der Reichseisenbahnen.

Das Reichsverkehrsministerium hat neben den zweiten Nachtrag zum Haushalt 1921 der Verwaltung der Reichseisenbahnen bekanntgegeben. Zum ordentlichen Haushalt ist das Folgende mitzuteilen: Zur Deckung der in diesem Nachtrag geforderten Mehrausgaben sind auf der Einnahmeseite vorgesehen neben den bisher angesehenen 5300 Mill. M. weitere 800 Mill. Mehrerlöse, die aus der Erhöhung der Tarife erwartet werden. Veranschlagt ist zunächst eine Tariferhöhung um 30 Proz. die für den Personen-, Gepäck- und Frachtgüterverkehr am 1. Dezember, für den Güterverkehr am 1. November eingetreten ist. Ferner ist in Aussicht genommen eine 50proz. Erhöhung, die für die erste Gruppe am 1. Februar 1922 einzutreten, für den Güterverkehr am 1. Dezember d. J. eingetreten ist. Die gesamten Betriebsaufnahmen stehen nunmehr mit 33 000 Mill. im Etat. Ferner ist auf der Einnahmeseite verbucht der Reichszuschuß zur Deckung des Defizits im ordentlichen Etat in Höhe von insgesamt 10 835 013 900 M., der durch den vorliegenden Nachtrag von 6 472 829 000 um 4 362 829 000 M. erhöht wurde. Dieser vermehrte Zuschuß ist nötig, um die persönlichen und fachlichen Mehrausgaben in Höhe von 10 562 829 000 M., die am 1. August 1921 eingetreten sind, und die durch gleichzeitige Tariferhöhungen nicht gedeckt werden konnten, zu bestreiten. Die durch den zweiten Nachtrag geforderten Deckungsmittel für die Mehrausgaben liegen sich wie folgt zusammen: Tariferhöhungen für Beamte und nichtbeamte Hilfskräfte der Hauptverwaltung 2 590 000 M. (bisher 15 197 000 M., zusammen also 17 787 000 M.), Tariferhöhungen für planmäßige Beamte der Betriebsverwaltung 621 455 000 M. (bisher 2 775 574 000 M., zusammen 3 597 029 000 M.), andere persönliche Ausgaben der Betriebsverwaltung 612 228 000 M. (bisher 5 129 182 000 M., zusammen 5 741 466 000 M.), Unterhaltung und Ergänzung der Ausstattungsgegenstände sowie Beschaffung der Betriebsstoffe 1 556 500 000 M. (bisher 5 433 800 000 M., zusammen 6 990 300 000 M.); Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der baulichen Anlagen 215 Mill. M. (bisher 4 098 410 000 M., zusammen 4 313 410 000 M.), Einsch. der Fahrzeimittelungen (bisher 8 166 320 000 M., zusammen 8 167 820 000 M.); verschiedene Ausgaben 70 Mill. M. (bisher 517 430 000 M., zusammen 587 430 000 M.), deren

Mehrertrag auf die durch die Automobilverleihung erhöhten Auslandszulagen des im Ausland stationierten Personals zurückzuführen ist. Ferner erhält sich der Schuldenbestand um 55 Mill. M. (bisher 2 320 Mill. M., zusammen 2 415 Mill. M.), und schließlich Besoldungen und Dienstaufwandsbezüge sowie sachliche Ausgaben (Haushaltsetat) um 5 730 Mill. M. (neues Kapitel). Durch diese Mehrausgaben im ordentlichen Etat erhöht sich der Gesamtbetrag um 4 362 829 000 M. auf 10 835 013 900 M. gegen 14 399 483 600 M. Fehlbetrag im Haushalt 1920.

Zum außerordentlichen Haushalt ergibt sich folgendes Bild: Durch den Übergang des Staatsbahnvermögens auf das Reich sind insgesamt 16 900 Mill. M. bereitzustellen, um auf Grund des Einsatzvertrags den Ländern die Einlösung dieser schwendenden Schulden zu ermöglichen. Durch Reichsgebet vom 4. Juni 1920 ist in diesem Zwecke bereits ein Kredit von 14 000 Mill. erteilt worden; es steht daher noch ein Kredit von 2 900 Mill. zu bewilligen. Der bisher bewilligte Reichszuschuß zur Deckung der Mehrausgaben im außerordentlichen Etat in Höhe von 7 896 Mill. erhöht sich daher um 16 900 Mill. auf 24 796 Mill. M. Der Zuschuß im ordentlichen Haushalt, wie gesagt, 10 835 013 900 M. beträgt, so ergibt sich nunmehr ein gesamter Zuschußbetrag der Reichseisenbahnverwaltung von 35 631 013 900 M. gegen 16 387 995 600 M. Wert noch dem Haushalt 1920.

Wir hatten beim ordentlichen Etat eine Mehrausgabe von 1 556 500 000 M. für Betriebsstoffe usw. einkalkt. Diese Summe liegt sich wie folgt zusammen: Es werden mehr gefordert: 64 320 000 M. für Dienstleistung und andere Ausstattungsgegenstände (bisher 255,39 Mill.), 30 Mill. für Druckfräsen, Schreib- und Rechnungswerk (bisher 98,79 Mill.), 1243,4 Mill. für Steinlochen, Preßschalen und Röte zur Motorenförderung (bisher 3886,59 Mill.), 109,4 Mill. für Steinlochen, Braunkohlen, für andere Zwecke (bisher 430,6 Mill.), 23,44 Mill. für sonstige Betriebsstoffe (bisher 555,57 Mill.) und endlich 88,94 Mill. für Bezug von Wasser, Gas, Elektricität aus fremden Werken (bisher 214,86 Mill.). Für Kohlen ist infolge der seit der ursprünglichen Veranlagung eingerückten Preiserhöhungen mit einem Durchschnittspreis von 345,20 M. für die Tonne (gegen ursprünglich 263 M.) zu rechnen.

Gegen die deutsche Mitwirkung beim französischen Wiederaufbau.

Einer der stärksten Einwände Frankreichs gegen jedwede Abänderung des Londoner Zahlungsplanes ist noch immer die Behauptung, daß während man in Deutschland bereits daran denke, Wiederaufrichtung zu treiben, Frankreich vom Krieg verwüstete Provinzen noch in Schutt und Trümmer läge. Was von diesem Einwand zu halten ist, beweist die Tatsache, daß in Frankreich eine neue Generaloffensive gegen das Westbadener Ablommen auf der ganzen Front einsetzt. Von der Haltung des französischen Wiederaufbauministeriums gegen die Beteiligung deutscher Arbeitskräfte an den Wiederaufbauarbeiten haben wir zu berichten erst jüngst wiederholt Gelegenheit gehabt. Jetzt ist es die französische Industrie, die gegen die deutschen Nachlieferungen zu Felde zieht. Und das geschieht keineswegs mit edelsten Waffen, im Gegenteil: Die Befreiung, die der Generalrat der französischen Industrie gefehlt hat, betonen ausdrücklich, daß vor dem allgemeinen Interesse die Privatinteressen der Einzelnen zurücktreten hätten, und daß die französische Industrie deshalb im Prinzip die Westbadener Abmachungen billige. Sie fordert nur, daß Maßnahmen getroffen werden zum Schutz von Gewerbezweigen, die für das wirtschaftliche Wohlergehen Frankreichs unentbehrlich seien. Eine dieser Maßnahmen soll darin bestehen, daß alle nach Deutschland gekommenen Bestellungen der Kontrolle eines von der französischen Industrie zu schaffenden Organs unterworfen werden sollen. Ferner wird verlangt, daß die Vertreter der interessierten französischen Industrien bei der Festlegung der Preise sowohl für Maschinen als für Speziallieferungen mitwirken sollen, und endlich lehnt der Generalrat der französischen Industrie die Auf-

Die genossenschaftliche Gemeinwirtschaft.

Von Dr. H. Krebschmar-Hellerau.

II.

Bei Förderung der eigenen Betriebskapitalien der Genossenschaften sollen die Geschäftsanteile genügend hoch festgesetzt und deren Einführung zur Frist gemacht werden. Die bisherige Rückzahlbarkeit der Geschäftsanteile ist zu befeiigen und gleichzeitig durch Übertragbarkeit zu erleben.

Trotz seiner schlechten finanziellen Lage werde der moderne Staat schon in der Zwischenzeit mit Rücksicht auf ihre Wichtigkeit für das Ernährungswesen die landwirtschaftlichen Organisationen in höherem Maße mit Subventionen unterstützen müssen, und zwar aus zweischen Gründen: einmal würden zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung große Betriebsmittel notwendig sein, jedoch sich der gegenwärtige Kapitalüberfluss der Genossenschaften bald in einer Kapitalflucht umwandeln werde und dann deshalb, „weil den Genossenschaftlichen Institutionen weitere Aufgaben für die Ernährungswirtschaft übertragen werden müssen, die ohne hinreichende Geldmittel jedenfalls nicht zu bewältigen sind.“ Diese geldliche Unterstützung soll direkt erfolgen in der bisher schon üblich gewesenen Form der Überlassung staatlichen Geldes zu einem möglichen Zinsfuß, ferner durch Zuschüsse zur Auflösung über das Genossenschaftswesen und zur Begründung von Einrichtungen. Indirekt könne geholfen werden durch Übernahme einer staatlichen Garantie für von den Genossenschaften oder deren Zentralen aufzugebende Obligationen, ferner dadurch, daß die öffentlichen Sparkassen (auch die pädagogischen) unter Bürgschaft des gesamten Staates veranlaßt würden, einen Teil ihrer verfügbaren Mittel für landwirtschaftlich-genossenschaftliche Zwecke zur Verfügung zu stellen.

Schembor nimmt die Ausführungen der beiden hervortretenden Vertreter des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, Landeskonomiker Johannsen-Hannover und Landeskonomierat Dr. Rothenhoff, in dem Werke „Arbeitsziele der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege“ uneingeschränkt zu, ebenso wie die Bemühte der Genossenschaften und zur Auflösung des vorstehend kürzgestellten und, wie man sich zu ihm auch stellen mag, einer gewissen Brüderlichkeit nicht entbehren den Programms.

Die Weite der Zukunftspläne ergibt sich aus dem sodann entwickelten Plan, die Einkaufsbefreiungen der landwirtschaftlichen Genossenschaften weiter zu konzentrieren zur Bildung von Großhandelsgesellschaften, die den Import auf genossenschaftlicher Grundlage ausbauen und zur Errichtung oder Übernahme von industriellen Unternehmungen für die Herstellung von landwirtschaftlichen Bedarfserzeugnissen, von Maschinen und Geräten und Kunstdünger sorgen. Es würde sich also hier um eine großzügige Eigenproduktion über die lokalen Bedürfnisse hinaus handeln.“

Um die Bahn z. B. auf dem Gebiete der Düngerherstellung stetig zu machen, verlangt Schembor, daß die Renten der landwirtschaftlichen Genossenschaften gemäß der Reichsverfassung das Recht erhalten, in Betracht kommende Betriebe für diese Firma der Gemeinwirtschaft vom Privatkapital abzulösen“.

Auch für den Export landwirtschaftlicher Produkte, glaubt Schembor, werde sich ein Weg finden lassen, und zwar hinsichtlich hochwertiger Qualitätsware etwa von Saaten und Viehhochzuchtprodukten. Es wird dann noch kurz auf genossenschaftliche Transportgenossenschaften und den Aufbau der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften zu Gemüthungshypotheken hingewiesen. Stetere Ausführungen sind der in Zukunft etwa notwendig werdenden Entwicklung in die bürgerliche Gemeinwirtschaft im Interesse der gesamten Volksheit gewidmet.

Wiederum unter Berufung auf Ausführungen von hervortretenden Fachmännern, wie Edler v. Braun in „Arbeitsziele der deutschen Landwirtschaft“ werden Maßnahmen gegen die häufig noch anzutreffende Rückläufigkeit in der Betriebsführung vieler Landwirte verlangt durch Unterstellung der Betriebe unter eine Kontrolle hinsichtlich der Saatgewähr und -Vorbereitung, der Schädlingbekämpfung, des Maises der angewand-

denden Tätigkeit, der Maßnahmen zur Hebung der Wirtschaft u. s. m. Diese Betriebskontrolle und alle mit ihr zusammenhängenden Maßnahmen wären ebenfalls vom der genossenschaftlichen Organisation im zweckmäßiger Verbindung mit modern aufgebauten landwirtschaftlichen Berufsvorstellungen in die Wege zu leiten, etwa nach dem wirtschaftlichen Beispiel der genossenschaftlichen Kontrollvereine der dänischen Landwirtschaft.

Beim weiteren folgerichtigen Fortschreiten auf diesem Wege werde man zum Wiederaufbau der ländlichen Wirtschaftsgemeinde kommen, "wie sie die besten Kopie auch aus den Kreisen der Landwirtschaft erscheinen, denen die bisherigen Mittel der genossenschaftlichen Organisation nicht mehr genügen". Es wird Prof. Dr. F. Berner zitiert mit seinem Werk „Neue Wege der deutschen Landwirtschaft“, der eine möglichst das ganze Land umspannende Betriebsgenossenschaft fordert, „die mit einem Netz kleinerer Betriebsgenossenschaften die Gesamtheit der kleinen, kleineren und mittleren Landwirte umschlange und in jedem Dorfe, in jeder Siedlung mit einer, unter Umständen mit mehreren Sektionen vertreten ist“.

Nach Schembor würde durch diese Betriebsgenossenschaft auch die vielfach strittene Frage gelöst werden können, ob in der Landwirtschaft der Großbetrieb oder der Mittel- und Kleinbetrieb am leistungsfähigsten und daher stärklich zu fördern sei. Die genossenschaftliche Organisation werde hier noch manche Vorurteile schaffen können, um die Vorteile des landwirtschaftlichen Großbetriebes auch den kleineren Betrieben zu zeigen.

Durch die den Dingen innenwohnende Konsequenz bei den schon bestehenden, landwirtschaftlichen Genossenschaften wird eine „Assoziation“ geöffnet, die ohne Experiment auf dem Wege der Erholung zu erreichen ist. Auch das sozialrechtliche Problem werde eine genossenschaftliche Lösung finden können. Als Beispiele werden die zur Erfüllung des dem Reichsiedlungsgesetz innenwohnenden Gedanken zu schaffenden Siedlungsgenossenschaften genannt, die unbedingt seien von den Schwierigkeiten, die in bezug auf herkömmliche Betriebsverhältnisse und sonstige eingeschlossene Möglichkeiten und traditionelle Gewohnheiten den alten landwirtschaftlichen Betrieben anhaften.

Die Selbstverantwortung und Selbstverwaltung, die vorstehenden Momente im Wirtschaftsleben der Böller, könnten gewahrt bleiben auch mit den Einrichtungen, wie sie das allgemeine Volkssinteresse fordere. Weiters müsse aber die Selbstverantwortlichkeit aus dem Zwecke der Unterordnung unter einen gemeinsamen höheren Zweck.

In der vorstehend gedachten Weise ausgebaut, würden aber die landwirtschaftlichen Genossenschaften eine übertragende Monopolestellung erlangen, die zum Schaden des Gesamtvolkes ausgenutzt werden könnte. „Deshalb müssen — und dies ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit — die genossenschaftlichen Interessen (Kooperationsverbände und Zentralen) hinsichtlich ihrer Wirtschaft und ihrer Preispolitik unter der Kontrolle des Staates stehen, der schließlich alle Interessen der Volkswirtschaft auszugleichen hat.“

Das Kapitel über die Ausbaumöglichkeiten der landwirtschaftlichen Genossenschaften schließt mit dem Hinweis, daß das System der total genossenschaftlich organisierten Landwirtschaft seinen vollen Wert erst dann zeigen werde, „wenn es gelingt, für die erzeugten Produkte den stützenden Weg zum Verbraucher der Lebensmittel zu finden“.

Gegen die deutsche Mitwirkung beim französischen Wiederaufbau.

(Fortschreibung von Seite 1.)

meinden durch deutsche Arbeiter nicht mehr verschernen, die Schulden liege an der deutschen Regierung, die das Aufgebot deutscher Arbeitskräfte noch immer verzögerte. Aber das ist sicher nicht der Fall, und auch die deutschen Arbeiter haben sich oft genug bereit erklärt, an dem Wiederaufbau in Frankreich teilzunehmen. Wir haben erst vor einigen Tagen mitgeteilt, daß die Verhandlungen zwischen den deutschen Arbeiter- und Techniker-Organisationen und den französischen Gewerkschaften über die Zusammenarbeit beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, an denen französische Sicherheitsz. u. A. Douaumont, Péronne und Bourdon teilgenommen haben, in fast allen Punkten zu einem völlig einvernehmlichen Ergebnis geführt haben. Es sind also andere Kräfte als die von Herrn Loucheur bezeichneten, welche die deutsche Arbeit am französischen Wiederaufbau verhindern — es sind jene Kräfte, die zunächst einmal durch ihre Arbeit gegen uns die Moratoriums- und Kreditverhandlungen Deutschlands zu erschweren suchen — in weiteren aber alles, was zu einer Wiedergewinnung unseres starken Volkskörpers beitragen könnte!

Als Kronzeuge für die unabdingliche Notwendigkeit dieses Weges zu wiederaufbau werden wiederum Bondeökonomist Dr. Raabe, Halle, zitiert, der die Form des Umsturzes mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen vor dem Kriege in manchen Sälen als eine Form bezeichnet habe, die man heute für Kettenhandel halten würde.

„Will man diesen ebenso unständlichen wie fälschlichen Weg vermeiden, so muß man die landwirtschaftlichen Abhängigkeiten geschäftlich an die Verbraucherorganisationen heranrufen.“

Für die prinzipielle Gerechtigkeit der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften hierbei müßten wird schließlich noch die auf dem 33. Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaftstag 1919 zu Bamberg zu dem Punkt „Unmittelbarer Geschäftsvertrag zwischen Erzeuger- und Verbrauchervereinigungen“ gelöste Entscheidung in Wortlaut gebracht. Die konsequente Durchführung dieser Entscheidung bezeichnet Schembor „als die gewünschte Brücke zur Verständigung zwischen Stadt und Land“.

Es versteht sich von selbst, daß die Ausführung über Ausbaumöglichkeiten bei den Abteilungen „gewerbliche Genossenschaften“, „Verbrauchergenossenschaften“ und „Bau- oder Wohnungsgenossenschaften“ in ähnlicher Weise großzügig umfassende Vorschläge bringen, auf die des beschrankten Raumesspalter hier nicht näher eingegangen werden kann. Dessen sollte sie aber jeder, der beruflich mit dem Genossenschaftswesen verbunden ist. Es ist angewiesen, daß Schembor es an kräftiger, die wesentlichen Schwächen der Organisationen meist guttretender Kritik nicht scheuen läßt. So manche nach 1918 aufgeschlossene sozialistische genossenschaftliche Hoffnungstreue wird schenkungslos gefeuert. Ganz besonders lebenswert sind noch die letzten zehn Seiten des Buches „Besonderes zum Ausbau“.

Es wird hier noch einmal ein zusammenfassender Überblick des reichen Inhaltes der ganzen Schrift gegeben. Vieles hier Gezeigte wurde bereits im vorstehenden erwähnt oder gestreift. Hofft alle Ausführungen, soweit sie kritisches Amt den gegenwärtigen Zustand behandeln, treffen den Nagel auf den Kopf. Großzügige Aufgaben werden für die Zukunft dem Staate zugewiesen, die im folgenden Schlußzug wirkungsvoll andringen:

„Die umfassenden Aufgaben, die sich die Genossenschaften gestellt haben, und ihre wirtschaftliche

mung Frankreichs. Wenn es keinen anderen Weg gäbe, so müße England zu einer unmittelbaren, getrennten Verhandlung mit Deutschland kommen. Leynes, der bekannte Finanzpolitischer, behauptet in der „Sunday Times“ die gleiche These. Er meint, die Finanzlage Deutschlands werde sich nicht bessern und die Verbündeten werden kein Geld erhalten, bevor ihre Forderungen nicht der Leistungsfähigkeit Deutschlands angepaßt würden. Nach seiner Ansicht müßten die Verbündeten von Deutschland die Bezahlung von 250 Mill. Goldmark am 15. Januar und weitere 250 Mill. Goldmark am 15. März fordern; die am 15. Februar und am 15. April fälligen Zahlungen müßten bis zur Entscheidung durch eine neue Konferenz in der Schwebe gelassen werden. Ohne eine ausländische Anleihe könne Deutschland nicht die geforderten Januar- und Februaraten bezahlen, ohne dadurch in eine Krise zu geraten, und wenn Deutschland diese Summe bezahle, so könne es die Aprikate nicht auch noch bezahlen. Leynes macht den Vorschlag den Nachlass der Export- und Importrate gegebenenfalls durch zu erleichtern, daß England auf seine eigenen Forderungen gegen Deutschland verzichtet, auf daß die Verbündeten ihre Forderungen aufgeben müßten. Außerdem tritt er für die Ratifizierung des Wiederaufbaubündnisses durch England ein, wenn die Bezahlung Frankreichs zu dem Vorschlag Englands gesichert werden könnte. Er schließt seine Ausführungen mit den Worten: „Ich sehe keinen besseren Ausweg aus der Sache, in die wir geraten sind.“

Doch die deutsche Regierung tatsächlich an die gegenwärtigen Finanzlage unkundig ist, muß auch ein Mitglied des Garantiekomitees, der Präsident Maucke, zugeben. Einem Mitarbeiter des „Freiheit“ gegenüber führt er aus, daß bei den Bezeichnungen des Garantiekomitees in Berlin von deutscher Seite kein Zahlungsaufschub gefordert, sondern nur auf die durch Deutschland unverzüglich geleistete Finanzlage hingewiesen worden sei. Das Deutsche Reich sei wegen der Entwicklung der Markt selbst sehr beeindruckt, weil es wirtschaftlichen und sozialen Unruhen ausgesetzt sei. Die ganze Welt habe am Kursturz der Mark ihren Anteil. In allen Ländern, sogar in Frankreich, hätten zahlreiche Leute Papiermark angelauft. Als diese sah, mußte eine Panik eintreten. Die gegenwärtige Lage sei nur die Folge der früheren allgemeinen Spekulation in Mark.

Die neueren Meldungen zur Sache liegen die folgenden vor:

(Eigene Meldung.)

Nachdem Deutschland die Vorschüzzahlung für die nächste Reparationszahlung geleistet hat, besagt es, wie unser Berliner Vertreter an bestensrichteter Stelle erzählt, zurzeit keine weiteren Mittel, um Zahlungen zu leisten. Die Kredit-Kommission, die aus den bedeutendsten Bankiersmännern und sonstigen Finanzleuten zusammengesetzt wird, hat sich versichert, die persönlichen Beziehungen zu den ausländischen Finanziers in den Dienst des Reiches zu stellen, um auf jeden Fall Kredite zu erlangen. Man gibt sich auch jetzt noch der Hoffnung hin, daß die Zahlung unter allen Umständen geleistet werden kann. Nicht ohne Einfluß wird, nach Ansicht maßgebender Kreise, die Versprechen zwischen Britland, Curzon und Laurent in Paris über die deutschen Zahlungen sein.

Wissenschaft und Kunst.

Dresden, 6. Dezember.

Monatsübersicht der Sächsischen Landeswetterwarte für den Monat Juli 1921.

Der am 1. April 1921 in den Ruhestand gegangene Direktor der Landeswetterwarte Oberregierungsrat Prof. Dr. Paul Schreiber hat bis zum Jahre 1917 reichend Details-Monatsberichte als vorläufige Witterungsbericht der Sächsischen Landeswetterwarte herausgegeben. (Dresden 1919. Selbstverlag.) Diese Berichte stellen die hauptsächlichsten Ergebnisse der Witterungsbeobachtung für Sachsen möglichst nach wissenschaftlichen. Der neue Direktor der Sächsischen Landeswetterwarte Prof. Dr. Eugen Ali hat jetzt eine neue Veröffentlichung hergestellt in der eigenen Druckerei, erscheinen lassen, die als Fortsetzung der früher erschienenen Details-Monatsberichte gedacht ist. Die Fortsetzung des Drucks soll so sehr wie möglich gekürzt werden, jedoch zu hoffen ist, daß am 20. des folgenden Monats der vorhergehende Monat herausgegeben werden kann, ein Verhältnis, das jetzt zu begründen ist. Diese neue Veröffentlichung enthält zunächst die Termindurchsichten an den beiden Stationen erster Ordnung — Wohlendorf und Fichtelberg. Die Termindurchsichten erfreuen sich auf Lufdruck, Lufttemperatur, Maximum und Minimum derselben, relative und absolute Feuchtigkeit, Windrichtung und Stärke, Bewölkung. Alle Beobachtungen haben um 7 Uhr, 2 Uhr, 9 Uhr stattgefunden. Den zweiten Abschnitt nehmen die Ergebnisse der Beobachtungen von 15 Stationen zweiter Ordnung ein. Es sind dies Dresden, Leipzig, Bautzen, Görlitz, Bitterfeld, Wohlendorf, Chemnitz, Plauen, Freiberg, Schneeberg, Bad Elster, Annaberg, Altenburg, Reichenhain (zurzeit außer Betrieb) und Fichtelberg. Während von den beiden Stationen erster Ordnung die Termindurchsichten gegeben sind, werden hier von allen Wetterstationen die Monats-

mittel gegeben; außerdem noch die Tage mit Schneefall, Schneedecke, Graupeln, Hagel, Gewitter, Nebel, Reif, Tau, heitere, trübe, Sommer- und Frosttage, Sonnencheindauer und die Häufigkeit der Windrichtungen. Den Hauptteil aber bilden die täglichen Niederschlagsmengen in Millimetern von 208 Stationen und deren Höhe über NN. Die Höhenangabe fehlt leider bei den beiden Stationen erster Ordnung, sowie den 15 Stationen zweiter Ordnung auf Seite 1 und 2. Die 208 Stationen sind nach Flughäfen geordnet. Es ist die Monatssumme jeder Station errechnet, sowie auch die Zahl der Tage mit mehr als 0,1 mm, 1,0 mm, 5,0 mm und 10,0 mm Niederschlag.

Etwas sehr Wertvolles bieten die kleinen Karten von Sachsen, in denen die verschiedenen Wetterfaktoren eingezeichnet sind. Die erste Karte enthält die mittleren Monatstemperaturen, und zwar durch Isothermen angegeben. Die zweite Karte gibt die mittleren Temperaturmaxima, die dritte Karte die mittlere Minimatemperatur an, während auf der vierten Karte die Schwankungen der mittleren Temperaturrextreme angegeben sind. Karte 5 gibt die mittlere Bewölkung, die Zahl der heiteren und trübten Tage, sowie die Sonnencheindauer der 5 Stationen Dresden, Wohlendorf, Tharandt, Plauen und Leipzig an. Auf Karte 6 sind die monatlichen Niederschlagsmengen in Prozenten der normalen Menge angegeben. Die übrigen 13 Karten enthalten die Verteilung des Niederschlags (mm) am 3., 4., 5., 6., 8., 17., 18., 19., 21., 27., 28., 29. und 30. Juli. Die letzte Karte gibt die Verteilung des Niederschlags im Monat Juli an. Bei den vier ersten Karten, welche die Temperatur angeben, ist sehr augenfällig zu sehen, wie in den einzelnen Flughäfen die Isothermen sich mit der Höhe ausbreiten, die Södje oder Rojen bilden. Auf der letzten Karte sehen wir, daß im Süden Sachsen, wie auch im Südwesten die geringste Regenmenge fällt — 40 mm. Am Gebirgsrand im Süden steigt dann die Regenmenge auf 60, 80, sogar auf 100 mm.

Als Anhang der Monatsübersicht befindet sich noch eine Abhandlung vom Direktor der Landeswetterwarte über: „Die Meteorologie im Dienste unseres Wirtschaftslebens“. A. Küllge, Oberl. i. R.

Rudolf Reiners. (N.) Wie bereits bekannt ist, hat Kapellmeister Reiners den ehrenvollen Auftrag, die Westerlinger von Nürnberg im Laufe des Dezember in Rom einzuhören und im Januar zu dirigieren. Der Intendant hat sich zu seinem Bedauern nicht in der Lage gesehen, einen so langen Urlaub zu bewilligen. Kapellmeister Reiners ist jedoch zu der Überzeugung gekommen, daß er, um seines künstlerischen Rufes willen, die Einladung nicht ablehnen könne, und hat deshalb um seine sofortige Entlassung aus dem Staatsdienst nachgefragt, die ihm, da sie ihm noch Tage der Reise nicht verneigt werden konnten, unter ausdrücklicher Anerkennung der geistlichen Dienste bewilligt worden.

Klavier-Abend. (Johannes Hobohm.) Der junge Pianist, der sich gestern im Künstlerhaus einführte, erwies sich als eine bereits recht schwere Kraft. Ich hörte von ihm Brahms op. 119 (Es-dur) und Beethoven op. 53. Anfänglich überzeugt der Eindruck, daß Johannes Hobohm noch im Range der technischen Probleme stande. Seinem Spiele hörte etwas Trocken an, dabei aber erfreute es doch durch klugstes musikalische Vortrag. Etwa im Adagio der Beethovenischen Sonate begann man eine stärkere musikalische Beziehung zu verstehen, und im Finaltag empfand man es — nicht allenfalls, aber doch gerade an entscheidenden Stellen — daß hier auch einer fast verborgten Entwicklungsfähigkeit auch noch der geistig-seelischen Seite des Vortrags entgegengesetzen werden darf.

Lieder-Abend. (Elsa Barisch.) Die Sängerin, die ihrem Abend den Charakter eines „romantischen Lieder-Abends“ gab und außer Schubert und Schumann recht dankenswertere Weise auch Robert Franz wieder einmal das Wort

vergönnte, ist hier in ihrer Kunstsätzung so bekannt, daß es kaum von Nutzen ist, sich kritisch mit ihren Leistungen auseinanderzuleben. Höchstens daß man angesichts des schönen Materials, das man in dieser Stimme vor sich hat, den einen Wunsch nicht unterdrücken kann, dessen Höhe noch von einem etwas störenden Klang befreit zu sehen. Das so erfreulich erkennbare Streben der Künstlerin nach innerlicher Vortragsgestaltung könnte, dünkt mich, dann noch reizende und reifere Früchte tragen. Aber abgesehen davon, durfte man der warmen Aufnahme, welche die Konzertgäste im Palmenhof erschienenen Künstlerin stand, nur seine Zustimmung geben. Auch begleitete Johannes Strauß recht geschmackvoll.

Kunstausstellung. Am vergangenen Sonntag wurde im Schönheitheim, Weißeritzstr. 4, eine von Frau Helene Giesecke veranstaltete Ausstellung von Gemälden und Skulpturen eröffnet. Schönheitlicher Künstler Heindorf schuf mit geholzten Ausführungen über das Wesen der Bildenden Künste und die Kunst des Westens die zur Gründung Erschienenen in die Ausstellung ein. Diese enthält neben der unbestrittenen Kunst Bahentrop und Goscho-Schneders Werke von Wolter, W. G. Koch, Magnus Wedemann und Erich Möller. Jahrenkugel zeigt Bildnis einer schönen Mutterkopf und ein Gruppenbild. W. G. Koch zeigt Bilder des Sturmes und Dranges. Des Künstlers innere Erlebnisse zeigen noch um Gestaltung. Stärke Erinnerung und grohe literarische Begabung unterstreichen ihn in seinem Gemälde. Eine abgeschlossene künstlerische Persönlichkeit ist Magnus Wedemann. Seine Landschaften sind der Ausdruck einer ungehemmten

Paris, 6. Dezember. Der französische Botschafter in Berlin, Charles Laurent, ist von Paris nach Berlin verlassen worden. Es wird angenommen, daß der Ministerpräsident mit ihm Laurent über die Frage des Moratoriums sprechen will.

Die "Times" berichtet, der Finanzausschuß des britischen Kabinetts werde in dieser Woche seine Beratungen über die ihm vom Schamoni unterbreiteten, die deutschen Reparationen betreffenden Vorschläge wieder aufnehmen. Ein Beispielsbericht in dieser Frage werde gegen Ende der Woche erwartet. Das vorgeschlagene Moratorium für Deutschland sei, wie angenommen werde, die Lösung, die von Seiten des Ministers am meisten begrüßt werde. Die Frage sei jedoch schwierig und werde wohl nicht ohne Beratungen zwischen den verbündeten Regierungen geregelt werden. Bevor das Kabinett einen Beispielsbericht fasse, werde die Ansicht der Reparationskommission eingeholt werden müssen.

Wie der "Temps" mitteilt, ist bis gestern bei der Wiedergutmachungskommission die erwartete deutsche Note über ein Moratorium noch nicht eingetroffen.

Berlin, 6. Dezember. Die von Havas bereits veröffentlichte Note der Reparationskommission über die nächstfälligen deutschen Zahlungen ist gestern der deutschen Regierung amtlich überreicht worden.

Die Nachricht, wonach Dr. Rathenau bereits gestern von London abgereist sei, ist unzutreffend. Sie wird dementiert, ohne daß etwas Bestimmtes über den Tag seiner Abreise verlautet.

Oberschlesien.

(Eigene Meldung.)

Auf Grund der bei Verhandlungen zwischen deutschen Beamten und der Internationalen Kommission vorgekommenen Schwierigkeiten bereitet die Internationalen Kommission eine neue Maßnahme vor. Den Beamten wird danach eine Erklärung zur Unterschrift vorgelegt, nach der sie sich als Beamte der Internationalen Kommission zu betrachten haben, wodurch ihre Abhängigkeit von den Verbündeten bedingt wird. Nach französischer Angabe werden, wie unser Berliner Vertreter erfaßt, sich von etwa 50 000 Beamten etwa 60 Proz. zur Unterschrift bereit erklärt haben, wohingegen der Rest vor die Frage gestellt werden soll, entweder zu unterschreiben oder den Abschied zu nehmen. Besonders der südliche Teil Oberschlesiens scheint den Franzosen auf politische Anregung hin für diese Verpflichtungsform geeignet, wodurch die deutschen Beamten die gerade in der jüngsten Zeit errungenen sozialen Freiheiten und Vergünstigungen einzubüßen und in ein unmittelbares Abhängigkeitsverhältnis zu den gemeinsamen Landesherrn treten würden. Aufgabe aller Gewerkschafts- und Beamtenorganisationen ist es daher, die in den deutschen Arbeitsklassen enthaltene vorbildliche Kraft und Stärke dem deutschen Lande zu erhalten und abzusehen davon, die uns jetzt mehr denn je notwendige Leistungsernergie sich nicht nehmen zu lassen, selbst wenn dadurch dem Einzelnen unbedeutende materielle Vorteile zugute kommen sollten.

Die Deutschlandreise der Internationalen Arbeiterkonferenz.

Gestern vormittag haben die Mitglieder der Internationalen Arbeiterkonferenz die rheinischen Metallwerke in Düsseldorf besichtigt. Generaldirektor Rothoff leitete die Besichtigung mit einem Vortrag über die Umstellung des Werkes, die im Kriege 48 000 Mann betragen habe, sei auf 15 000 Mann zurückgegangen. Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages wurden auf dem Werke fast hundert Werkzeugmaschinen zerstört; der geldliche Verlust, der dadurch entstand, wird auf 50 Mill. Goldmark geschätzt. Die Kommission begibt sich von Düsseldorf aus nach Niel, um auch die dortigen Anlagen zu besichtigen.

Klara Zetkin und die Dokumente zum mitteldeutschen Märzaufstand.

Klara Zetkin versichert in einer Erklärung, daß die Dokumente, die bei ihr an der russischen Grenze beschlagnahmt wurden, ihr erst eine Viertelstunde vor ihrer Abreise nach Moskau gebracht worden seien. Sie wisse bis heute nicht einmal, was alles in Cyphernahmen beschlagnahmt wurde. Sie habe aber den Eindruck, daß sie dort benutzt wurden. Man habe sie schließlich zu allerleit revidiert. Da der Zug schon zur Abfahrt bereit stand, hätte sie nicht einmal mehr Zeit gehabt, ein Protokoll über den Vorgang und die beschlagnahmten Dinge aufzunehmen zu lassen. Deshalb sei sie außerstande, mit Ja oder Nein auf die Frage zu antworten, ob das Material ihr gehört oder ihr bekannt sei. An anderer Stelle der Erklärung betonte sie, es solle nicht abgelenkt werden, daß einige in den Protokollen angeführte Fälle der Wahrheit entsprechen.

Eine Erklärung der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft.

Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft veröffentlicht eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

"Soll die Kommunistische Partei die augenblickliche Krise überwinden, soll der Kommunismus in Deutschland und Westeuropa nicht für lange Zeit jeden Kredit entleiht werden, so ist die Überwindung der Theorie und Praxis der Märzaktion notwendig, die nicht einen Schritt vorwärts, sondern für den sozialrevolutionären Kampf in Deutschland und Westeuropa zwei Schritte rückwärts war. Ferner wird gefordert die Befreiung aller derjenigen Führer aus allen Parteifunktionen, die aus politischer Kurzsigkeit in die Märzaktion hineingerieten, sowie die Entfernung derjenigen aus der Partei, die direkt oder indirekt durch ihre Duldung terroristische und Sabotageakte anregten, deckten oder sich ihnen nicht widersetzen, sowie die Neuordnung des Verhältnisses der deutschen Sektion zur Executive durch völlige materielle Unabhängigkeit von der kommunistischen Internationale."

Die rheinischen Sonderbündler.

Seit einiger Zeit leben im Rheinland wieder die Sonderbündelstreben auf, die auf die Errichtung einer rheinischen Republik hinzweisen. Die Führung scheint jetzt in den Händen eines Herrn Smets zu liegen, der schon wiederholt an Personen, die er gleichen Sinnes glaubte, Einladungsschreiben zu Versammlungen verschickt hat, die der Gründung einer selbständigen rheinischen Republik dienen sollten. Vorigestern fand in Bonn eine Zusammenkunft von etwa 250 Personen statt, unter denen man auch eine ganze Anzahl Franzosen bemerkte. Herr Smets be-

hauptete in seiner Begründungsrede, daß 193 Ortsgruppen vertreten seien. Vier Redner sprachen unter den Bedenken: Dr. Karl Bischel (Nürnberg), Dr. Arnold (Koblenz), Dr. Otto Weizsäcker (Aachen) und Kranz (Düsseldorf) über die angeblich wirtschaftlichen Vorteile einer neutralen rheinischen Republik, über die geistigen Grundlagen unserer Bewegung, über Organisationsfragen und über das Thema "Die rheinische Frage und die internationale Politik". Ihre Reden bestanden aus einer einzigen Kette zumal umwähler und geschmacklos anklagend gegen Preußen und aus Vorwürfen an die Adressen Frankreichs und Belgien. Der Vorsitz wurde beauftragt, zusammen mit den Beisetzungen und im Einvernehmen mit der internationalen Rheinlandkommission" die Bildung eines rheinischen Parlaments vorzubereiten. Ein anderer Besluß wurde nach Washington gerichtet: Die Abstimmung könne in Europa erst verwirklicht werden, wenn die rheinische Republik Tatsache sei.

Alene Nachrichten.

Berlin, 6. Dezember. Der Reichspräsident hat an den bisherigen östlichen Botschaftern v. Kettnerberg-Schöler aus Anlaß seines Rücktrittes folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Botschafter!

Wie der Herr Reichspräsident mir berichtet, haben Sie Ihre Entlassung aus dem Reichsamt nachgefragt. In Würdigung Ihrer Verdienste habe ich mich entschlossen, Ihnen auf die darüber ausschließliche Urkunde. Unter groben Opfern haben Sie das Ihnen angetragene Amt übernommen und Ihre ganze Verdienstlichkeit eingesetzt, um den Interessen des Vaterlands in der schweren Zeit, die wir durchleben, zu dienen. Hierfür spreche ich Ihnen meine volle Anerkennung und meinen aufrichtigen Dank aus.

Ich bitte Sie, meine besten Wünsche und die Sicherung meiner Hochachtung entgegenzunehmen.

Ihr sehr ergebener

(gez.) Ebert.

Der Reichspräsident hat an den Generalvikar in Trier folgendes Telegramm gesendet:

Dem hohen Kapitel spreche ich meine herzliche Teilnahme zum schweren Verlust aus, den die Diözese Trier und die katholische Kirche in Deutschland durch den Verlust des weit über die Grenzen des Bischofsates hinaus reichenden Bischofs Korum erlitten haben.

Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern mit laufenden Angelegenheiten. Die Reparationsfrage war nicht Gegenstand der Verhandlungen.

Heute vormittag tritt in der Reichskanzlei der interfranzösische Ausschuß der Koalitionspartheien zusammen, um die politische Lage und die Vorschläge des Kabinetts zur Finanzreform zu besprechen.

Die Auflösung der Ritterlichkeit zur besonderen Verwendung ist endgültig beschlossen worden und bereit im Gange.

Der Hauptausschuß des preußischen Landtages hat den Antrag angenommen, die Rüderstattung der von Lohn- und Gehaltsempfängern zu viel gesetzten direkten Steuern angesichts der fortziehenden Notlage zu beschleunigen.

Breslau, 6. Dezember. Der Fürstbischof von Breslau hat eine neuerliche Warnung vor übertriebener Preissteigerung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen an die beteiligten Kreise gerichtet.

Beuthen, 6. Dezember. Wie hier bestimmt verlautet, sind die Besitzungen des Grafen Donnersmarck an ein englisches Konsortium mit dem Sitz in London veräußert worden. Die Eintragung in das Londoner Handelsregister soll bereits am 1. September erfolgt.

sein. Die technische Direktion in Beuthen wird seiner Unterzung untergeogen werden, doch ist es wahrscheinlich, daß Vertreter des östlichen Kapitals als Direktoren nach Oberschlesien abgeordnet werden.

Koblenz, 6. Dezember. Lord Kilmanroe, der neue britische Oberkommissar bei der Verbandsrheinlandkommission ist hier eingetroffen. Er wird in den nächsten Tagen sein neues Amt übernehmen.

Die Washingtoner Konferenz.

Das Abkommen über die Abfaltung.

New York 6. Dezember. Nach einer Meldung der "New York Tribune" aus Washington werden England und Japan darauf dringen, daß das Abkommen über die Abfaltung die Form eines Vertrages erhält und vom Senat ratifiziert wird. Wie von maßgebender Seite verlautet, stehen die amerikanischen Delegierten diesem Gedanken nicht ablehnend gegenüber.

Die Frage der Herausleitung der französischen und italienischen Flotte.

Paris, 6. Dezember. Wie der Sonderberichterstatter der Agentur Havas in Washington meldet, ist es wahrscheinlich, daß die Frage der Herausleitung der französischen und italienischen Flotte in dieser Woche behandelt werde. Das Programm scheine übrigens, soweit es den Tonangehalt der Großkampfflüsse betrifft, keinen Einwendungen der englischen Delegierten zu begegnen. Wenn die Marinefrage in den Grundlagen einschließlich der Unterseebootfrage vor dem 15. d. R. ge- regelt werden könnte, so werde sich Viviani einsetzen und Sarraut an der Spitze der französischen Delegation beklagen werden.

Abfallung Frankreichs an ein englisch-japanisch-amerikanisches Abkommen.

Der Sonderberichterstatter der "Chicago Tribune" in Washington meldet: Ein Mitglied der französischen Delegation habe erklart, Frankreich sei bereit, sich einem englisch-japanisch-amerikanischen Abkommen anzuschließen, das an Stelle des englisch-japanischen Abkommen treten sollte. China möchte gleichfalls zu diesen Abmachungen zugelassen werden.

Die chinesischen Forderungen.

Um Vernehmen noch werden die chinesischen Delegierten, falls nicht die ganze Provinz Schantung unverhört an China zurückgegeben wird, die direkten Verhandlungen beendigen und diese Frage der Abfaltung konzentriert unterbreiten, da sie eine unvermeidliche Quelle für Streitigkeiten und dazu angetan sei, den Frieden im fernen Osten zu stören.

Die Lage in Wien.

Wien, 6. Dezember. Die Teuerungsbewegungen vom 1. d. R. haben sich bis Ende der Woche nicht wiederstellt. Der Sonntag ist in Wien und in ganz Österreich vollständig ruhig verlaufen. Es haben nicht einmal kleine Menschenansammlungen stattgefunden. Die Betriebe arbeiten in vollem Umfang. Ebenso sind alle Geschäftsräume seit Sonnabend wieder geöffnet.

Aufstand auf den Zechen des Mährisch-Ostrauer Reviers.

Prag, 6. Dezember. (Trotzbericht) Auf allen 39 Zechen des Mährisch-Ostrauer Reviers hat ein Aufstand begonnen, woran 45 000 Arbeiter beteiligt sind. In den Kolonien wird gearbeitet. Der Dienst an den Pumpen und Ventilatoren ist gestoppt.

Der französische Botschafter bei Lord Curzon.

Paris, 6. Dezember. Wie der Londoner

Hinweise an die Natur, die er mit gediegenem technischen Können wiederzugeben versteht. Auch Wolters ist ein beachtenswertes Talent; gelungen ist das Bild mit den zwei Damen. Von seinen ausgefeilten Bildern verdient das höchste Lob eine mit farbigem Stift geschaffene Frühlingsschilderung, an der die bewegte Luft, das Zischen der Wölfe und das Wehen des Kleides einer Frauengestalt vollendet festgehalten ist. Erich Rädler hat eine Folge Radierungen "Der Seele Feiertag" ausgestellt, die im Tiroler Bergland entstanden sind. Rädler führt eine zarte Radel.

Eine Fülle von Luft und Licht bricht aus seinen gebiegenen Schöpfungen hervor. Die Ausstellung bleibt bis Weihnachten zugänglich.

— Dr.-Ing. Friedrich Niedel beschäftigt sich in der "Chemiker-Zeitung" mit der Vergasung größerer Felderflächen. Er betont wiederhol, daß sie nur dort in Frage kommen kann, wo einerseits genügend löslichkeitsarme Abfälle zur Vergasung stehen und wo die Felder in nicht allzu großer Entfernung von der Quelle liegen. Solche Möglichkeiten gibt es aber in kleinerem und größerem Umfang genug. Selbstverständlich wird daran gearbeitet, die Wirtschaftlichkeit des Verfahrens zu erhöhen. Die Gasförderung wird ganz besonders auf eine weisegende Abwasserverarbeitung hin und ermöglicht diese in vielen Fällen erst.

Bildende Kunst. Handzeichnungen undquarelle deutscher und französischer Meister aus der Hinterlassenschaft der Fürstin Karoline v. Sayn-Wittgenstein, geb. Prinzessin Kronowitsch, Liszt Freudin und Mutter von Cosima Wagner, in beim Antiquar Emil Hirsch in München um 3 000 000 M. verkauft worden, nachdem sie vor Jahresfrist von den Erben an einen anderen Antiquar um 400 000 M. verkauft worden war. Die Breslauer Galerie hat für einen Studienkopf, Bezeichnung von Mengel, 85 000 M. bezahlt.

— Adolf Schreyers künstlerischer Nachlass wird am 21. Februar bei Rud. Engel in Frankfurt a. M. versteigert. Er enthält mehr als 100 Ölgemälde des Künstlers, darunter folgende Werke: "Schneewehen", "Das fröhle Pferd", "Werbetreibende", "Araber auf der Flucht", "Pferde unter den Schuppen", "Löwenjagd", "Fliehende Araber" u. a., ferner der französischen Schule des 19. Jahrhunderts: Corot, Rousseau, Troyon und der Frankfurter Kronberger Schule: Burger, Burnitz, Dielmann, Rumpf usw.

— Oskar Nedbal's neue Oper heißt sich "Der Bauer Jakob". Der Text hat der jugendliche Handelsminister Lud. Rosk nach einer Komödie von Lope da Vega verfaßt. Das Werk soll im kommenden Jahre im Prag im Nationaltheater aufgeführt werden. Das Pariser Apollotheater plant die Aufführung einer von Nedbal vertonten Operette, deren Libretto in französischer Sprache verfaßt ist.

Theater und Film. Die Dumont-Lindenmann-Bühne in Düsseldorf scheint durch ihre finanziellen Verhältnisse in ihrem Bestande bedroht. Der Fehlbetrag soll zurzeit bereits 800 000 M. betragen. Die Stadt Düsseldorf war erfreut worden, hier von durch einen Zuschuß 400 000 M. zu deuten. Es wurde lediglich ein Zuschuß in Höhe von 62 000 M. bewilligt, der zur Aufbesserung der Gehälter des künstlerischen und technischen Personals dienen soll. Die Bühne, das Bühnenhaus für andere Zwecke zu verwenden, werden damit nur durch den tatsächlichen Bezug derartig beeinträchtigt. Der Soh "Sei im Besitz und du wohnst im Besitz" (Anschluß) gilt aber nicht unbedingt; er gilt nur, soweit der tatsächliche Besitz der Staatsgewalt von seiner Seite mit Erfolg angesucht, vom Volle als solcher anerkannt und als dauernd angesehen wird. Ist er, wie bei der Spartakusbewegung oder beim Jungen Kapp-Putsch nur teillich oder zeitlich begrenzt ertrungen, so wohnt ihm noch keine rechtsschaffende Kraft inne. Er erzeugt erst dann neues, aber wirkliches Recht, wenn er als solcher in der allgemeinen Überzeugung der Gewaltunterwerfen sich

durchgesetzt hat und unbestritten geblieben ist. Dies war bei der Deutschen Revolution von 1918 von Anfang an und auch hinsichtlich der ersten Revolutionsgewalten der Fall. Deren Anerkennungen und Nachnahmen haben daher Recht geschaffen, und dieses Recht ist durch die später aus allgemeiner Volkswahl hervorgegangene Nationalversammlung und die von ihr eingesetzte Regierung bestätigt worden. Es gilt also, wie Radbruch treffend gezeigt hat, weder das legitimistische Wort: "Recht muß Recht bleiben", noch der machtpolitische Ausdruck: "Recht geht vor Recht", sondern der Satz: "Recht muß Recht, wenn sie von Erfolg begleitet ist". Aus dem reichsähnlichen Material von bisher weitverstreuten Äußerungen zu dieser Frage, wie es in folgender Tabelle und in den einzelnen Anmerkungen geschildert wird, wird ein jeder, der sich darüber unterrichten will, nach allen Richtungen hin Lehrling schöpfen und daran seine eigene Meinung bilden können. In der beigefügten ausführlichen Literaturübersicht sind nur zu vermissen die Aufsätze von Schwab in der "Deutschen Juristentagung" 1919 S. 626 ff., Lobe in der "Deutschen Rechtszeitung" 1919 S. 18 ff., Hale im "Sächsischen Archiv für Rechtsphilosophie" 1919, S. 102, 10. Bd. S. 127; Preußisch "Rechtsverfassung" 2. Aufl. S. 28; Wohl im "Archiv des öffentlichen Rechts" Band 20 S. 179; Paul in der "Leipziger Zeitschrift für deutsches Recht" 1919 S. 346 ff.; Sandor in der (österreich.) "Zeitschrift für öffentliches Recht" Band 1 S. 122 ff. und Nowacki, der "Bundesstaat als Rechtsbegriß" (1920) S. 632.

Dr. W. Sch

Bücherbesprechungen.

* Dr. Walther Kampf, Das Recht der deutschen Revolution. 1921. W. Gentz. Wissenschaftlicher Verlag, Hamburg, Sch. 11 M. — Die vorliegende Arbeit behandelt nicht das Recht auf Revolution (aus resistendo), sondern das besondere aus Aulah der deutschen Novemberrevolution von 1918 vielmehr, sowohl in der Recht

Sonderberichterstatter der "Agence Havas" erzählte, dass der französische Botschafter gestern nochmals Lord Curzon einen Besuch ab, unterhielt sich mit ihm über die Vermittlung der Verbündeten im griechisch-türkischen Streit und teilte ihm mit, Griechen stimme mit ihm in den Ansichten über diese Frage überein, die er ihm bereits auseinandergesetzt habe. Der französische Ministerpräsident nehme eine Zusammenkunft der Minister des Auswärtigen von England, Italien und Frankreich an.

Der Internationale demokratische Kongress.

Paris, 6. Dezember. (Havas.) Der erste Internationale demokratische Kongress hat gestern seine Arbeiten begonnen. Die ausländischen Abgeordneten legten die Ansichten in den verschiedenen Ländern über das Friedensproblem dar. Die deutschen, die ungarischen und die österreichischen Abgeordneten wohnten den Präsentationen bei. Wie auf der Konferenz erklärt wurde, sollen die christlichen Volksparteien der verschiedenen Länder zu jeder gemeinsamen Arbeit zugelassen werden, die geeignet ist, eine internationale Versöhnung herbeizuführen.

Die irische Frage.

London, 6. Dezember. (Havas.) Gestern früh im Bingham-Palais eine lange Unterredung mit dem Könige über die irische Friedensverhandlungen.

London, 6. Dezember. Zu der irischen Frage ist ein Abkommen erzielt worden.

Englische Untersuchung der finanziellen Lage Russlands.

London, 6. Dezember. Der Sonderberichterstatter der "Morning Post" meldet, Lloyd George beschäftigte die Entsendung eines besonderen Beauftragten nach Russland zur Untersuchung der finanziellen Lage des bestehenden Regimes in Russland und der Frage, ob der Sowjetregierung von England finanzielle Unterstützung gewährt werden könne.

Erschließung ukrainischer Geiseln.

Stockholm, 6. Dezember. Nach der "Charlerois-Blätter", dem Blatte der ukrainischen Regierung, sind am 6. v. M. 216 ukrainische Geiseln entlosgen worden. Sie waren von den bolschewistischen Truppen auf dem Rückzug mitgenommen worden. Ihre Erschließung erfolgte als Vergeltung für die Hinrichtung einer Reihe von Commissarienten durch die ukrainischen Aufständischen.

Der bolschewistische Feldzugsplan gegen die Erhebung in Karelien.

Kopenhagen, 6. Dezember. (Berlingske Tidende) meldet aus Helsinki: Die letzten Nachrichten aus Russland besagen, dass der bolschewistische Generalstab einen großen Feldzug plante, um die Erhebung in Ostjutschien niederzuwerfen. In Karelien sind bereits bolschewistische Truppenverstärkungen eingetroffen.

Ein belgisches Geschäftsmuseum.

Brüssel, 6. Dezember. (Agence Belge.) Der König hat den Finanzminister Thonnis erlaubt, ein Geschäftsmuseum zu bilden, dessen Programm der ersten finanziellen Lage des Landes Rechnung tragen soll.

Die Unabhängigkeit Ägyptens.

London, 6. Dezember. Nach dem jetzt veröffentlichten Schriftwechsel über die englisch-ägyptischen Unterhandlungen erklärte die ägyptische Delegation zu den englischen Vorschlägen: Ihre Annahme würde die unmittelbare Kontrolle des britischen Oberkommissars über das ägyptische Auswärtige Amt bedeuten. Die Ägypter erhöhen Einwand gegen die Bezeichnung Oberkommissar für den Vertreter Englands. Das sei kein üblicher Titel für einen diplomatischen Vertreter in unabhängigen Ländern. Die militärischen Kämpfen des britischen Vertrages verursachten die größten Schwierigkeiten. Die Klausel 10 sieht vor, dass die britischen Truppen freien Durchzug durch Ägypten hätten und an Orten Ägyptens aufgestellt werden könnten, die zuletzt festgestellt würden, sowie die Dauer des Aufenthalts dieser Truppen an diesen Orten. Die Antwort der ägyptischen Delegation besagt, dieser Vorhalt verletze Großbritannien das Recht, militärische Streitkräfte in allen Teilen des ägyptischen Gebietes zu allen Zeiten aufzurichten, sowie Großbritannien alle Verbindungswege und Verbindungsmittel des Landes zur Verfügung zu stellen. Dies bedeute nichts anderes, als die Besetzung des Landes, die jeden Gedanken an Unabhängigkeit zerstöre. Zu erwähnen sei ferner das Schreiben des britischen Oberkommissars an den Sultan, in dem es heißt, die britische Regelung wünsche Ägypten möglichst bald und so weit die Verhältnisse es zuließen, seine volle Unabhängigkeit zu gewähren.

Aus Kairo wird gemeldet: Es verlautet, Abd-Pascha werde sein Rücktrittsgebot als erster Minister einreichen und Vorsitzender einer neuen Partei werden, die für die Erlangung der Unabhängigkeit Ägyptens unter Wahrung der konstitutionellen Gewaltrechte wirken werde. Der Korrespondent Reuters sagt, die Partei Bogoul-Pascha und Abd-Pascha würden zusammenarbeiten und sich zu einer Partei verschmelzen.

Das gesetzgeberische Programm des amerikanischen Kongresses.

Washington, 6. Dezember. Das gesetzgeberische Programm des Kongresses umfasst hauptsächlich die Vorlage über die Revision des Goldtarifes und die Vorlage über die Konjunktur-

bildung des verbündeten Schulden. Den Blättern zufolge wird Präsident Harding in seiner Rede erklären, die Vereinigten Staaten müssten, falls die Abstimmungskonferenz scheitere, über 800 Mill. Dollar für Militär- und Marineausgaben in dem am 30. Juni 1923 zu Ende gehenden Jahr ausgeben. Diese Zahl ist um 60 Millionen geringer als die des laufenden Jahres, aber viel höher als alle Heeres- und Marinebedarfe in der Zeit vor dem Kriege.

Kleine Nachrichten.

Danzig, 6. Dezember. Die polnische Regierung hat als zweite Abzahlung für die übernommenen Eisenbahnen dem Senat 30 Millionen deutsche Mark überwiesen.

Prag, 6. Dezember. Wie das Tschechoslowakische Pressebüro mitteilte, dauerten die Beratungen über die Beilegung des Konflikts in der Bergbauindustrie, die gestern im Ministerium der öffentlichen Arbeiten geführt wurden, bis 12 Uhr abends. Das Ergebnis der Verhandlungen ist eine bedeutende Annäherung der beiderseitigen Standpunkte.

Sebastopol, 6. Dezember. Gestern ließ der deutsche Dampfer "Herold" mit dreihundert deutschen Kriegsgefangenen nach Triest ab. Die Entsendung der Österreicher wird nach eingelanger Genehmigung erfolgen.

Belgrad, 6. Dezember. Die Regierung ist neuerdings einem Anschlag der Kommunisten gegen den König Alexander und Ministerpräsidenten Pasitch auf die Spur gekommen. Aus dem Auslande sind in der letzten Zeit verdächtige Elemente in Belgrad eingetroffen.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Das heutige eingegangene 27. Stück des sächsischen Gesetzesblattes enthält: Bdg. zur Ausführung der Kirchengemeindeordnung vom 2. März 1921; Kirchengesetz, die Abänderung des Kirchengeistes über Kirchengemeindeverbände vom 10. Juli 1913 betr.; Kirchengesetz, das Infotexten der Kirchengemeindeordnung der ev.-luth. Landeskirche Sachsen betr.; Kirchengesetz, die Begründung einer Kirchenförderungsförderung; Weitere Abänderung der Bdg. über das Gebäumenwesen vom 5. Februar 1912; Bdg. über die Weggefährdung von Miet- und Pachtvertragsschwellen (Staatsges. Nr. 267); Abänderung der Bdg. über die Fixierung der Poststellenungen in amt. Angelegenheiten vom 10. März 1915; Bdg. der Erweiterung der Strafbelastung der Gemeindeschäden in Großröhrsdorf, Hohendorf, Überlungswitz und Cossmannsdorf; Bdg. über die Änderung der Satzung der Landständischen Bank des Sächs. Wirtschaftsrates Überlausitz; Bdg. über die beauftragte Durchführung der Behördenorganisation für die neue Staatsgründung; Bdg. über die Errichtung einer Stenographieprüfung für Kandidaten des höheren Schulamtes an der Universität Leipzig; Bdg. über die Neuwahlen in den Gemeinden, sowie weitere Abänderung der Bdg. über die Einführung für Bischöfliche durch Seuchen vom 6. April 1912.

Rohrbewegung.

Dresden, 6. Dezember. Der Verband der Rechtsanwalts- und Notariatsangestellten, Sip. Leipzig, Oktobeverein Dresden, Amalienstr. 17, II., schreibt uns: Der Dresdner Anwaltsverein hat mit den beteiligten Organisationen unter dem 30. November d. J. einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen. Die von den Angestelltenorganisationen verhängte Sperrung in den Rechtsanwaltskanzleien wird aufgehoben.

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 6. Dezember.

* Die Einwohnerzahl Dresdens betrug am 1. Oktober d. J. nach dem Fortschreibungsergebnis 600 000.

* Die Ehrenabteilung, welche die Namen der gesallenen ehemaligen Schüler des Wettiner Gymnasiums enthalten, sind nach dem längstensatzigen Entwurf des Herren Prof. Erich Hösel im Reihen in Bronze fertiggestellt. Für die Einweihung der Tafeln ist der 11. Dezember, vormittags 1/2 Uhr, bestimmt. Die Angehörigen der Gesallenen und die ehemaligen Schüler des Wettiner Gymnasiums erhalten, an diesen im Festsaal des Gymnasiums stattfindenden Feier teilzunehmen. Am 10. Dezember, abends 1/2 Uhr soll als Vorzeiter die Jahresherausstellung der Vereinigung alter Wettiner und ein geselliges Beisammensein im kleinen Saale der "Drei Raben", Marienstraße 18/20, stattfinden. Am 11. Dezember wird nachmittags 1/2 Uhr im Saale der Kaufmannschaft, Ostra-Allee, die mit so großem Beifall aufgenommene Antigone-Aufführung wiederholt werden. Der Beitrag der Vorstellung steht dem Ehrenabteilungsfonds zu.

* Im Taubstummenhof findet Donnerstag, den 8. d. M., abends 8 Uhr, ein Taubstummenvortrag der Herren Blumkritt und Schubert über eine Reise von Hamburg nach Algier statt.

Der Vortrag ist unentgeltlich, jedoch werden Gaben, die zum Ankauf von Weihnachtsgeschenken verwendet werden, dankbar entgegengenommen. — Die Verwaltung des Taubstummenhofs, Chemnitzer Straße 43, bietet nochmals, zu Weihnachten auch den Zusatz des Taubstummenhofs zu geben. Neben Batzen sind auch Stoffe und Schuhe besonders willkommen.

* Der "Musikalische Verein" und der Hanseatische Leyerverein am Staatsgymnasium veranstalten am Sonnabend, den 17. Dezember, nachmittags 4 Uhr im großen Saale der Kaufmannschaft, Ostraallee 9 eine Aufführung zum Besten des Schülerheims des Gymnasiums mit anschließendem Tanzchen. Geboten werden ernste und heitere

Vorläufe und eine Operette. Zahlreicher Besuch der Veranstaltung ist im Interesse des guten Zwecks sehr erwünscht. Karten sind zu entnehmen im Gymnasium während der Schulzeit bei den Vereinsvorsitzenden (Unterprima A und B) und an der Abendkasse.

* In der gestrigen Mitgliederversammlung des Gewerbevereins hielt Dr. Student Dr. Neumann einen äußerst fehlenden Vortrag über das Thema „Aus den Tiefen des Ozeans“. In formvollendet freier Rede gab er einen am den neuesten Forschungen beruhenden Überblick über die Tiefsee und das Leben in ihr. So sehr auch immer die menschliche Phantasie sich mit dem Ozean und seinen Tiefen beschäftigt hat, das Interesse für deren Erforschung hat fast vollständig bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts geschlummert. Erst die Kabellegung gab den Anstoß zur Anstellung wissenschaftlicher Untersuchungen in größerem Seetieben. Sie hatten das Ergebnis, dass die bisherige Lehre vom Reich des Todes auf dem Grunde des Meeres endgültig widerlegt wurde, dass vielmehr ein reiches vielfältiges Leben hier herrsche. England unterstützte im Jahre 1868 auf Betreiben des Edinburgher Professors Sir Charles Wyville Thomson die Expedition des "Challenger" aus. Sie war die größte und erfolgreichste Unternehmung, die bis dahin zur Erforschung der Meere ausgerichtet worden war. Auch die anderen Völker beteiligten sich. In Deutschland wurde erst Ende Juli 1888 auf Anregung des Leipziger Zoologen Karl Chun die Expedition der "Valdivia" unternommen, die am 274 Meertiefstellen bis über 5000 m Tiefe Untersuchungen ange stellt hat. Ihre Ergebnisse seien der Challenger-Expedition nicht nach. Der hr. Redner machte nur die Fazit mit den Apparaten der Tiefseeforschung bekannt, den verschiedenen Meeren, der Drottmachine, den Thermometern, dem Tiefenwissenschaftler und den photographischen Platten, die verloren werden zu müssen, wie tief das Sonnenlicht in das Meer hineindringt. Hinter 600 m Tiefe besteht unabdingtes Dunkel. Der Boden des Meeres — man hat Tiefen bis 7800 m gemessen — ist von einem kleinen Niederschlag von Meersalinen, vegetabilischer und mineralogischer Natur bedeckt. Ungeheure Flächen, 1/2 bis 1/4, nimmt der Globigerinenschlamm ein. Auf beschränkten Gebieten des Meeresgrundes findet sich der Diatomenschlamm oder Radiolarienchlamm. Unzählig mannigfaltig, eigenartig, ja wunderbar ist die Tierwelt in der Tiefe des Ozeans. Glaschwämme, Seeesterne, Muscheln, Quallen von selten schöner Gestalt beleben sie, prachtvoll farbige Krabben und Garnelen, Korallen sind ihr weiterer Schmuck. Die Grundfläche sind Haie, Rochen und Räuber. Noch merkwürdig ist die Tierwelt auf dem Grunde des Meeres ist die pelagische Fauna, die frei umher schwimmenden Lebewesen. Weder der ungestörte Wohlstand, noch die eisige Temperatur, noch die ewige Dunkelheit scheuen die Tiere zurück, überall im Ozean ihre Heimat zu suchen. Die größte Überzahlung für den Naturforscher war es, unter den pelagischen Tieren solche zu finden, die mit eigenartigen Apparaten an ihrem Körper Licht erzeugen, um sich vorzukommen und Ruhung in der Finsternis zu verschaffen. Sie sind mit Glühköpfen von feinstem optischer Bedeutung direkt behängt. In wunderbarer Farbigkeit wurde eine Reihe dieser sonderbaren Naturwesen vorgeführt, so Tiefseelinsen, darunter eine Anzahl mit Fernrohre- oder Teleskopaugen und Tiefseeäale, die das auffällige, farbenreiche organische Leben in den un- und für sich dunklen Tiefen des Meeres ahnen lassen.

* Dem Verein gegen Armennot und Bettelreihe ist zur Hauptversammlung ein Antrag folgendem Inhalts zugegangen: „Die Hauptversammlung des Vereins gegen Armennot und Bettelreihe beschließen: Der Verein gegen Armennot und Bettelreihe in Dresden wird, nachdem er seinen Zweck, die Hausschelte zu bekämpfen, Rostleidende in der Stadt Dresden zu unterstützen und der Verarmung vorzubeugen, nicht mehr in der Lage ist, aufgelöst und aufzugebaut verschafft.“ Hierzu bemerkte der Verein folgendes: Da der Antrag rechtzeitig gestellt worden ist, muss er zur Verhandlung kommen, so unmotiviert er auch ist. Um einem überreichten Beschluss vorzubeugen, den eine Zulassungsfähigkeit herbeiführen könnte, ist es notwendig, dass alle Vorstandsmitglieder und Helfer pünktlich am 7. Dezember um 6 Uhr erscheinen und womöglich noch ihnen bekannte Mitglieder unseres Vereins veranlassen, ebenfalls die Versammlung zu besuchen. Eine Aufsichtung des Vereins würde unserer Altenfürsorge, die etwa 500 Personen zugute kommt und die in Aussicht genommene Mittelstandshilfe über den Haufen werfen, was unter allen Umständen verhindert werden muss.

* Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr in den "Drei Raben", Marienstraße, spricht beim ersten Bundesabend des Dresdner Zweigvereins des Evangelischen Bundes Pfarrer D. Blandowski über "Der Weizener Dom in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft".

* Als am Freitag die Kammerlägerin Helena Forti in der neunten Abendstunde aus einer Probe "Zwei Städte", in der sie demnächst die Hauptrolle singt, nach Hause ging, wurde sie in der Nähe der Frauenkirche angegriffen. Der dreizehnjährige Kämpfer hielt sie mit der Aufforderung, sofort ihren kostbaren Pelzmantel auszuziehen, von hinten fest. Mit seltener Gewalt gegenwart gelang es Frau Forti, den frechen Angreifer durch einiges Wohlgezielte Taubstumme ins Gesicht abzuwehren. Nur ihrer großen Ruhe und Kaltblütigkeit verdankt es Frau Forti, dass sie vor körperlichen Schäden bewahrt blieb.

Dresden - Kleinmachnow. Kommerzienrat Godmann hier übertrug dem Frauenverein Kleinmachnow 500 000 M. für wohltätige Zwecke.

Sächsische Angelegenheiten.

Öffene Stellen für Lehrer.

Auf Grund des Ges. vom 27. Mai 1918 zu befreien eine ständ. Lehrerstelle in Schönau b. Radebeul; gepl. Dienstamt. Bew. (§ 4 der A.-V. zum Ges.) sind bis zum 24. Dezember einzureichen.

Für Kraftwagenbesitzer.

(N.) Anträge auf Zuweisung von Benzol als Betriebsstoff für Kraftfahrzeuge sind lediglich an die zuständigen Kreishauptmannschaften, in der Stadt Dresden an das Polizeipräsidium, in den Städten Chemnitz, Leipzig, Plauen und Zwickau an die Polizeiamte zu richten. Die vom Reich überreichten Mengen sind äußerst gering bemessen, sodass die Unterstellstellen nicht im entferntesten in der Lage sind, die Zuweisungsdarlehen zu erfüllen. Es können darum für die Abgabe von Benzol nur rein wirtschaftliche Gründe maßgebend sein. Im übrigen müssen sich die Kraftfahrzeughalter zum Betrieb ihrer Wagen mit Benzin behelfen.

Cognac — Weinbrand.

(N.) Entgegen der vielfach bestehenden Auffassung, dass jetzt schon die Vorstufen des Artikels 275 des Friedensvertrages in bezug auf die Bezeichnung Cognac zur Anwendung gebracht werden müssten, wird von der Landesstelle für öffentliche Gesundheitspflege darauf hingewiesen, dass zurzeit der § 18 des Weingesetzes noch zu Recht besteht. Die Bezeichnung Weinbrand muss noch Erlass der in Aussicht genommenen Regele für die Abänderung des Weingesetzes für die deutschen Cognacsorten eingeführt werden. Zurzeit ist also die Bezeichnung "Deutscher Cognac" noch gültig. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, dass zurzeit aus dem Weizen große Mengen von sogenanntem Eau de vie, d. h. Mischungen von Weinwein verschiedener Herkunft, eingeschütt und als Cognac in Deutschland in den Verkehr gebracht werden, obwohl sie weder den deutschen noch französischen Ansprüchen, die an Cognac gestellt werden, entsprechen.

Verband Deutscher Landkreise.

Unter dem Vorstand des Staatsministers a. D. v. Schorlemmer ist in Berlin in einer Sitzung abgehalten worden, an der Vertreter des Verbands der Preußischen Landkreise, des Verbands der sächsischen Bezirksverbände, des Verbands der thüringischen Kreise, des Verbands der oldenburgischen Amtsräte und Vertreter der braunschweigischen Landkreise teilnahmen. Es ist der Verband Deutscher Landkreise gegründet worden, der einen engen Zusammenhang der beteiligten Kreise herstellt und die Belange der ländlichen Gemeindeverbände bzw. Bezirkverbände und Ämter bei der Reichsregierung vertreten soll. Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin W. 9, Königin Augustastr. 14.

Freiberg. Am vergangenen Sonnabend ist hier die Gesellschaft von Freunden der Bergakademie Freiberg gegründet worden. Zu diesem Zwecke war in der Aula der Bergakademie eine stattliche Zahl hübscher Männer der deutschen Industrie mit Vertretern der Staatsregierung, der Stadt Freiberg, ihrer Berg- und Hüttentümmler und Angehörigen der Alma Mater vereint. Se. Magnificus der Akademie Dr. Prof. Dr. Fritzsche gab in kurzen Jäger einen Überblick über die vorbereitenden Arbeiten zur Gründung der Gesellschaft und begründete sodann ausführlich, dass auch heute, wo eine starke Bewegung zur Entwicklung großer Hochschulkörper eingezogen habe, die kleinen Hochschulen in vieler Hinsicht besonders befähigt erscheinen, am Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens erfolgreich mitzuwirken.

Dr. Oberberghauptmann Geh. Rat Dr.-Ing. e. h. Fritzsche begrüßte die Verhandlung im Namen der Regierung. Er betonte die Notwendigkeit einer innigen Arbeitsgemeinschaft zwischen den privaten und staatlichen Bergwerks- und Hüttentümmlern und der Bergakademie; er sei überzeugt, dass dieses Ziel in der Gesellschaft und durch sie die wirkliche Förderung erfahren werde. Der vom Arbeitsausschuss vorgelegte Satzungsentwurf wurde sodann einstimmig angenommen und im Anschluss hieran der Verwaltungsrat der Gesellschaft und ihr Vorstand gewählt; dieser besteht aus den Herren Dr.-Ing. e. h. Götze, Vorstand des Reichsverbands der deutschen Industrie als Vorsitzendem, dem Sektor der Bergakademie als stellvertretendem Vorsitzenden, Dipl.-Ing. Holmann, Direktor der Porzellanfabrik Freiberg als Schriftmeister und der Herren Krug, Generaldirektor der Gewerkschaft Gottes Segen in Lugau; Dr. Timmermann, Direktor der Zinnwarte Wilhelmsburg bei Homburg; Geh. Generaldirektor der Hohelackenfirma, und Geh. Bergrat Prof. Schinner als Beigeordneten.

In der letzten Sitzung des Stadtrats zu Freiberg wurde mitgeteilt, dass die staatliche Bergschule in Freiberg mit Ablauf des Schuljahrs 1922/23 geschlossen werden soll. Die Schule hat über 150 Jahre bestanden. Bergschule. Wegen Beleidigung des bürgerlichen Stadtoberhaupten Otto ist der Stadtoberhaupten vor dem Schiffsgericht zu 150 M. Geldstr

Amtlicher Teil.

Besondere Anlaßerlaubnis für Kartoffeln.

Im Anschluß an die Ausführungsverordnungen vom 12. Juli 1916 (Sächs. Staatszeitung Nr. 160) und vom 22. November 1917 (Sächs. Staatszeitung Nr. 272) wird zur Ausführung der Reichsverordnung über den Handel mit Lebens- und Gutmitteln vom 24. Juni 1916 (RGBl. S. 581) in der Fassung der Reichsverordnung vom 24. November 1921 (RGBl. S. 1370) folgendes bestimmt:

1. Von 20. Dezember 1921 an ist zum Anlaß von Kartoffeln die durch die Reichsverordnung vom 24. November 1921 eingeschaffte besondere Anlaßerlaubnis erforderlich.

2. Dieser Erlaubnis bedürfen solche Personen nicht, die die Großhandlerlaubnis nach § 1 Abs. 1 der Reichsverordnung vom 24. Juni 1916 besitzen, wenn sie noch ihrem Inhalts zum Handel mit Kartoffeln besagt sind.

Dagegen ist für die Angestellten und Beauftragten dieser Personen die besondere Anlaßerlaubnis erforderlich. Es genügt aber für sie bis zum 20. Januar 1922 ein behördlicher vorläufiger Ausweis, wonach sie von einer im Besitz der Großhandlerlaubnis befindlichen Person mit dem Anlaß von Kartoffeln beauftragt sind.

3. Zuständig für dieerteilung der besondren Anlaßerlaubnis ist die Kreishauptmannschaft, in deren Bezirk der Anlaß erfolgt.

Gegen die Verfolgung und Verurteilung der Erbäubnis ist binnen 2 Wochen Beschwerde an das Wirtschaftsministerium zulässig. Dieses entscheidet endgültig.

4. Der vorläufige Ausweis für die Angestellten und Beauftragten der mit Großhandlerlaubnis versehenen Personen (Punkt 1 Abs. 2 Satz 2) wird auf Antrag des Auftraggebers ausgestellt. Zuständig für die Ausstellung ist die Stelle, die dem Auftraggeber die Großhandlerlaubnis erteilt hat. Punkt 3 Abs. 2 gilt entsprechend; an die Stelle des Wirtschaftsministers tritt die Kreishauptmannschaft.

5. Die Verpflichtung zur Einholung der besonderen Anlaßerlaubnis wird auf Personen ausgedehnt, die, ohne im Besitz des Großhandlerlaubnis oder einer von der Kreishauptmannschaft erteilten Anlaßerlaubnis zu sein, nur in dem Kommunalverband Kartoffeln anlaufen, in dem sie ihre gewerbliche Niederlassung oder mangels einer solchen ihren Wohnort haben.

Zuständig für dieerteilung ist in diesem Falle die Amteshauptmannschaft und in den befreiten Städten der Stadtrat. Punkt 3 Abs. 2 gilt entsprechend, an die Stelle des Wirtschaftsministeriums tritt die Kreishauptmannschaft.

6. Der Anlaßerlaubnis für die besondere Anlaßerlaubnis oder der vorläufige Ausweis muß mit dem Eichbild des Inhabers versehen sein. Er ist beim Anlaß mitzuführen und auf Verlangen vorzuzeigen.

7. Diese Verordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft. 450 V E 3

Dresden, am 5. Dezember 1921. 7557
Wirtschaftsministerium, Abteilung Landwirtschaft.

In Dresden und Leipzig sind konsularische Vertretungen der Vereinigten Staaten von Amerika eingerichtet worden.

Zum Konsul in Dresden ist Herr Louis G. Dreyfus, zum Botschaftsrat derselbe Herr G. T. Sieger; zum Konsul in Leipzig Herr Fernando de Soto und zum Botschaftsrat derselbe Herr Willi R. Aufsner ernannt worden. 176 A

Die Gesandten werden hierdurch für das jüdische Staatsgebiet anerkannt und angeladen.

Dresden, am 5. Dezember 1921. 7553
Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Der ethnische Staatsangehörige Herr Karl Loser ist zum östlichen Konsul für das Deutsche Reich mit dem Amtssitz in Berlin bestellt worden.

Der Genannte wird hierdurch für das jüdische Staatsgebiet vorläufig anerkannt und zugelassen.

Dresden, am 5. Dezember 1921. 7558
Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Auf Antrag der freien Gläser-Zinnung zu Glauchau wird gemäß §§ 100 Absatz 1 und 100b der Gewerbeordnung angeordnet, daß

ab 1. Januar 1922

jämliche Gewerbebetriebe, die innerhalb des Bezirks der Amteshauptmannschaft Glauchau einschließlich der Städte mit rev. Städteordnung das Gläserhandwerk ausüben, der neu zu errichtenden Bezirks-Gläser-Zinnung mit dem Sitz in Glauchau anzugehören haben. 827 IV (7553) Glauchau, 2. Dez. 1921. Die Kreishauptmannschaft.

Der Gemeindeversicherungsverband zu Dresden hat eine neue Satzung aufgestellt, die von der Kreishauptmannschaft auf Grund ersterer Ermächtigung des Ministeriums des Innern in dessen Namen genehmigt worden ist. Die Änderung der Satzung hat sich in der Hauptstrophe dadurch notwendig gemacht, daß infolge Abschlusses eines gegenwärtigen Rückversicherungsvertrages mit dem Gemeindeversicherungsverband zu Leipzig die Verschuldung mit denjenigen von Leipzig in ihren wesentlichen Punkten in Übernimmlung gebracht werden mußte. Aufsichtsratschef des Verbandes ist auch weiterhin die Kreishauptmannschaft Dresden. Dresden, 5. Dez. 1921. Kreishauptmannschaft.

Regierung-Befehlserkärter Dehne in Pirna ist vom 1. bis 15. Dezember d. J. beauftragt und wird während dieser Zeit durch Regierung-Befehlserkärter Dr. Otto in Dresden vertreten. 7577
Dresden, 6. Dez. 1921. Kreishauptmannschaft.

1. Emilie Martha Stely geb. Seidel in Leipzig-Schönefeld,
 2. Emilie Anna Villinger geb. Hennig in Leipzig,
 3. Pauline Emilie Karoline Rothe gesch. Preuß geb. Kochow in Leipzig,
 4. Karl Friedrich Otto Schröpfer in Leipzig-Plagwitz,
 5. Hedwig Lisette Anna Schilde geb. Wille in Leipzig-Eutritzsch,
 6. Anna Ida Alice Niegel geb. Hand in Leipzig-Meudrich,
 7. Auguste Frieda Schnabel gesch. Dittich geb. Apitz in Leipzig,
 8. Minna Paß geb. Töls in Magdeburg-Dudenau.
- Prozeßbevollmächtigte die bisherigen Rechtsanwälte Dr. M. Kratz zu 1, 3, 5, Dr. Berthold zu 2, 6, 8, Dr. Klien zu 4, Dr. Drescher zu 7 —

Klagen gegen

- zu 1. ihren Chemann, den Mechaniker Ernst Friedrich Steig aus Hildburghausen, Sachs.-Wein, zuletzt in Leipzig,
- zu 2. ihren Chemann, den Arbeiter Lásar Alstedt Villinger aus Leipzig, zuletzt in Leipzig-Plagwitz,
- zu 3. ihren Chemann, den Stochernbaumeister Friedrich Hermann Rothe aus Weinendorf, Kreis Elsterwerda, zuletzt in Leipzig-Nordau,
- zu 4. seine Chestan Helene Maria Schröpfer geb. Müller aus Leipzig-Lindenau, zuletzt in Borsigwalde bei Borsig,
- zu 5. ihren Chemann, den Metallhauer Friedrich Max Schilde aus Leipzig, zuletzt in Leipzig-Neudorf,
- zu 6. ihren Chemann, den Konditor Fritz Löwald Niegel aus Leipzig-Lindenau, zuletzt in Leipzig,
- zu 7. ihren Chemann, den Konditor Franz Clemens Schnabel aus Meerane in Sachsen, zuletzt in Leipzig,
- zu 8. ihren Chemann, den Studenten Martin Paß aus Töben bei Hof in Bayern, zuletzt in Leipzig-jährig unbesetzten Aufenthalts, zu 1-8 auf Geschäftsführung,
- zu 9. 4, 6, 7 wegen Ehebruchs, zu 8, 2 wegen Zerrüttung des ehelichen Lebens,
- zu 5 wegen Wissenshandlung.

Die Kläger haben die Beklagten zur mündlichen Verhandlung der Obersteile vor die 10. Zivilkammer des Landgerichts zu Leipzig auf

Tonnerstag, den 26. Januar 1922, vormittags 9 Uhr mit der Auforderung zu ihrer Vertretung je einen ihrer Rechtsanwälte zugelassenen Rechtsanwalt zu bestellen.

Leipzig, den 5. Dezember 1921. 7559
Ter Gerichtsschreiber des Landgerichts.

Auf Blatt 847 des Handelsregisters, die Firma **Juan Riche** in Grimma betreibend, ist heute eingetragen worden, daß die Firma erloschen ist.

Amtsgericht Grimma, 5. Dez. 1921.

Auf den Antrag des Obersten a. D. Friedrich Moritz Albert Freiherr von Gregory in Niederlößnitz, im Verfahren vertreten durch Rechtsanwälte Justizrat Dr. Bauer und Dr. Böhning in Dresden-Johann-Segebergallee 15, II, als Bevollmächtigte, sind durch heute verkündetes Ausschlußurteil des unterzeichneten Gerichts

die unbekannten Anwälter der unter dem Namen „**Ergenreit**“ bestehenden Familienanwaltshaft mit ihren Rechten auf die Nachfrage in die bezeichnete Anwaltshaft aufgeschlossen worden.

Amtsgericht Dresden, Abt. Ia, 1. Dez. 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 13776, betr. die Aktiengesellschaft Allgemeine Trenhand-Aktien-Gesellschaft in Dresden: Am 3. Juni 1921 bewilligte Eintrag, die dem Dr. jur. Kurt Krüger erteilte Prokura betreffend, wird von Amts wegen gelöscht. Prokura ist erteilt dem Dr. jur. Kurt Krüger in Berlin. Er darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit einem Vorstandmitgliede vertreten;

2. auf Blatt 11926, betr. die Gesellschaft Treschner Eisenhütten Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden: Der Fabrikdirektor Dr. Richard Otto Schmidt ist nicht mehr Gesellschafter;

3. auf Blatt 13601, betr. die Gesellschaft Saxonisch-Buchdruckerei, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden: Der Gesellschaftsvertrag vom 22. und 27. September 1913 ist in den §§ 6 und 18 durch Beschluß des Gesellschafterversammlung vom 24. September 1921 laut Notariatsprotokolls von diesem Tage geändert worden;

4. auf Blatt 68, betr. die offene Handelsgesellschaft Carl Schneider in Dresden: Der Kaufmann Paul Friedrich Wehn ist aus der Gesellschaft ausgeschieden;

5. auf Blatt 10143, betr. die Firma Ernst Greiner vorm. Hugo Arthurs Koch in Dresden: Der Kaufmann Ernst Paul Greiner ist ausgeschieden. Der Kaufmann Paul Richard Ander in Dresden ist Inhaber. Die Firma lautet läufig: Paul Ander;

6. auf Blatt 1075, betr. die Firma Hanoverische Bananenfabrik Erich Ben & Co. in Dresden: Der Kaufmann Max Karl Weißfeld ist ausgeschieden. Der Fabrikant Max Franke in Hoy (Pausch) ist Inhaber;

7. auf Blatt 803, betr. die Firma G. Breitschneider in Dresden: Prokura ist erteilt der Kaufmannsfrau Maria Anna Elisabeth Blaude verw. Höder geb. Weise in Dresden;

8. auf Blatt 16708: Die Firma Max Raumann in Dresden ist Inhaber. (Geschäftszweig: Handel mit Automobilen und Motoromobilen und deren Zubehörteilen sowie Fabrikation von Automobilteilen. Geschäftsort: Friedrich-August-Viertel);

9. auf Blatt 14085, betr. die Firma Brechbaurat Georg Albert Vollmer in Dresden: Nach Eintragung des Handelsgeschäfts in eine Gesellschaft

mit beschränkter Haftung ist die Firma erloschen. Die Prokura des Betriebsleiters Hermann Louis Müller ist erloschen; 7578
10. auf Blatt 14340, betr. die Firma Vollmer Werke Albert Vollmer in Dresden: Nach Eintragung des Handelsgeschäfts in eine Gesellschaft zum Geburtszeit von zusammen 1.000.000 M. (einer Million Mark) angenommen und zwar die beiden unter I genannten

Grundstücke für 309.000,— M.

für Hultenstraße 13 = 149.000 M.

und für Mohrstraße 11 = 160.000 M.)

und die unter II erwähnten

Gegenstände für 700.000,— M.

zusammen, wie angegeben 1.000.000.— M.

Herrn Vollmer wird also hierfür eine Vergütung von 1.000.000 M. (einer Million Mark) gewährt und geht in folgender Weise: a) 66.000 M. (sechshunderttausend Mark) dadurch, daß die Gesellschaft von den auf den übernommenen Grundstücken bestehenden Hypotheken welche im Betrage von zusammen 66.000 M. in Abrechnung auf den Übernahmepreis von 309.000 M. zur eigenen Verwertung übernimmt und zwar

11.000,— M. für die (vormalige)

Gemeinde und eingeräumt Gemeinde und

9.000,— für die (vormalige)

Spartasse, Spartasse, auf Blatt 530

5.000,— für die (vormalige)

Spartassendarlehen des Grund-

2.000,— für die (vormalige)

Siedlungsmeinde Dresden für

24.000,— M. für die Stadt Dresden für

der (vormalige)

Stadtgemeinde Dresden für

11.000,— M. für die (vormalige)

Stadtgemeinde Dresden für

4.000,— M. für die (vormalige)

Stadtgemeinde Dresden für

66.000,— M. wie angegeben.

b) 309.000,— M. (sechshunderttausend Mark) durch

Anrechnung auf die von Herrn

Georg Albert Ernst Vollmer nach

§ 4 übernommene Stammliste

von 300.000 M. die dadurch

voll geleistet ist;

c) 434.000,— M. (vierhundertvierunddreißig-

tausend Mark) durch Barzahlung

(siehe unten);

d) 200.000,— M. (zweihunderttausend Mark)

werden von Herrn Vollmer der

Gesellschaft gehandelt (siehe unten)

1.000.000,— M. Summe, wie oben.

Tie Hypotheken, die außer den in Punkt a erwähnten, von der Gesellschaft übernommenen Hypotheken auf Blatt 530 und Blatt 372 des Grundbuchs für Striesen zeitig noch eingetragen sind, werden abgezogen von der unten zu erwähnenden besonderen Kostenübernahmehypothek von 400,— M. von der Gesellschaft nicht mit übernommen. Herr Vollmer ist verpfändet, diese Hypotheken, die seiner Verpflichtung nach zum Teil bereits ausgezahlt sind und im übrigen von ihm selbst aus seinen Mitteln absehbar noch ausbezahlt werden sollen, bis zum 31. Dezember 1921 zur Löschung zu bringen. Von der Gesellschaft werden jedoch nicht in Abrechnung auf den Übernahmepreis von 309.000 M. noch folgende Kosten der Grundstücke übernommen:

35.56 M. und Blatt 530 des Grundbuchs für

33.04 — Striesen, eingetragen

20.04 — Landesturkarten und

400,— besondere Kostenübernahmehypothe-

theorie hinsichtlich der

oben in Punkt a erwähn- des Grund-

ten Hypothek der Stadt- buchs

24.000 M. für Striesen.

Die nach Punkt c von der Gesellschaft an Herrn Vollmer bar zu zahlenden 434.000 M. sind bei der Auslösung der der Gesellschaft überlassenen Grundstücke, die obsolet nach der Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister zu erfolgen hat, zu berücksichtigen, jedoch mit Aufnahme eines Betrags von 177.000 M. (sechshundertvierundzwanzigtausend Mark), der erst dann zu bezahlen ist, wenn die von der Gesellschaft nicht mit übernommenen Hypotheken von Herrn Vollmer vollständig zur Löschung gebracht werden. Zugleich werden die Grundstücke gegen vom 24. Oktober 1921 ab gerechnet auf die Gesellschaft über. Anfangs wird der Gesellschaft nach Punkt d gesetztes 200.000 M. (zweihunderttausend Mark), so sind diese 200.000 M. mit jährlich 5% (fünf vom Hundert) zu verzinsen und unterliegen beiderseits einer einhalbjährlichen Rückzahlung. Die Raten sind in einwöchentlich gleichen, je am letzten Tage des Kalendermonats 7579

Amtsgericht Dresden, Abt. III, 5. Dez. 1921.</p

**Sächsische Maschinenfabrik vorm. Rich. Hartmann
Aktiengesellschaft.**

Bilanz am 30. Juni 1921.

Aktiva.

	Br.	Fl.
Grundstück-Konto	Br. 2 213 564.07	4 106 224 96
Gebäude-Konto	Abzeichnung 1 420 751.53	792 812 54
Maschinen-Konto	Br. 4 128 437.77	2 605 898 97
	Abzeichnung 1 522 538.80	
Mobilien-Konto:		
a) Werkzeuge	Br. 1.—	3
b) Zeichnungen und Modelle	1.—	—
c) Möbel und Utensilien	1.—	—
Zweigleis-Anlage-Konto	—	2 751 415 35
Recht-Konto	—	162 706 78
Raupe-Konto	—	—
Offizien-Konto (einschl. übergangslicher Schrankenstellungen)	Br. 6 854 565.90	—
zuzüglich anteiliger Effektivzinsen bis 30. Juni d. J.	2 475.80	6 857 041 70
Betriebs-Konto (Rohstoffmaterialien, fertige und halbfertige Fabrikate)	—	79 950 921 92
Konto-Borrent-Konto: Debitorum	Br. 109 793 681 56	—
Aktieneinzahlung-Konto (75 % Rest auf Br. 30 000.000.— junge Aktien)	22 500 000	—
Rauions-Effekten	Br. 170 076.—	—
Rauionswchsel und Rauale	Br. 21 183 472.—	229 520 707 80

Passiva.

	Br.	Fl.
Stammaktienkapital-Konto	60 000 000	—
Vorzugsaktienkapital-Konto	3 000 000	—
Obligationen-Anteile-Konto Hartmann (Sämtliche rückzahlbar zu 103 %)	3 447 500	—
Beigleichen der früheren Oscar Schimmel & Co. Akt.-Ges. (Südsee rückzahlbar zum Nennwert).	404 500	—
Rekervekonds-Konto	13 816 176 45	—
Spezialreserve-Konto	15 000 000	—
Werterhaltungs-Konto	4 274 079 27	—
Konto für schwierige Verbindlichkeiten	90 525	—
Talontenverträge-Konto	86 889	—
Obligationenrücklagen-Konto	102 510	—
Dividende-Konto (noch nicht erhobene Dividende aus früheren Jahren)	10 101	—
Konto für verloste Obligationen	2 335 978 48	—
Rohstoffkonto	111 519 688 10	—
Konto-Borrent-Konto: Kreditoren einschl. gelehrter Kundenanzahlungen	14 532 759 88	—
Rauionen	Br. 170 076.—	—
Rauionswchsel und Rauale	Br. 21 183 472.—	229 520 707 80
Reingewinn	—	—
dessen Verwendung in der am 3. Dezember d. J. stattgefundenen Hauptversammlung, wie folgt, beschlossen wurde:	—	—
Rücklage für Talonten	Br. 137 000.—	—
Für Zwecke der Rückstandsbewilligung von Wertangehörigen	1 200 000.—	—
Zuwendung an Elftung "Seim"	300 000.—	—
6 % Dividende auf Br. 1 500 000.—	90 000.—	—
Vorzugskapital für 1 Jahr	45 000.—	—
6 % Dividende auf Br. 1 500 000.—	25 000.—	—
Vorzugskapital für ½ Jahr	12 500.—	—
25 % Dividende auf Br. 20 000 000.—	5 000.—	—
Stammaktien für 1 Jahr	7 500 000.—	—
25 % Dividende auf Br. 30 000 000.—	7 500 000.—	—
Stammaktien für ½ Jahr	3 750 000.—	—
Überweisung an den Aufsichtsrat	821 739.13	—
Vortrag auf neue Rechnung	189 020.75	—
	Br. 14 532 759.88	—
	229 520 707 80	—

Verlust- und Gewinnrechnung.
Haben.

	Br.	Fl.
Per Saldo-Vortrag vom vorigen Jahre	167 634	66
- Gewinn aus Zinsen nach Abzug der Obligationen-	921 241	95
- Rauigewinn aus Effekten	25 151	25
- Fakturationsgewinn	16 382 531	97
	17 496 559	83

Gesamt.

	Br.	Fl.
An 3 % Rauigeld auf ausgelöste Obligationen	4 365	—
- Prämienzuwachs auf von unsr. Cometen abgeschlossene Lebensversicherungen	16 144	62
- Abzeichnung auf Anlage-Konten	2 943 290	33
- Reingewinn	14 532 759	88
	17 496 559	83

Die in der Hauptversammlung vom 3. Dezember 1921 festgelegte Dividende von 6 % auf die Vorzugskapitalien und 25 % auf die Stammaktien gelangt von heute ab mit Br. 150.— für jede einfache Aktie,

* 300.— Toppelaktie der Nummerierserie 12501/02 bis 49 999/50 000

* 150.— * 52 501/02 bis 104 999/105 000

in Berlin bei der Dresdner Bank, Direction der Disconto-Gesellschaft, Commerz- und Privatbank A.G.,

in Dresden * Dresdner Bank, Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, Dresdner Bank,

in Chemnitz * Dresdner Bank, Filiale Chemnitz und Filiale Chemnitz,

gegen Einlösung der Dividendencheine Nr. 52 resp. Nr. 32 der Stammaktien und Nr. 1 der Vorzugskapitalien zur Auszahlung.

Der Aufsichtsrat unserer Gesellschaft für das Geschäftsjahr 1921/22 besteht aus den Herren Dr. E. Russell, Berlin, als Vorsitzendem, Geheimen Kommerzienrat Generalkonsul Gustav von Klemperer, Dresden, als Stellvertreter des Vorsitzenden, Felix Greifenhain von Ende, München,

Habitueller Carl Siems, Plaue bei Görlitz, Geheimer Kommerzienrat William Gulden, Chemnitz, Staatsminister a. D. Dr. von Held, Celle, und Geheimer Rat Dr.-Ing. h. c. Dr. rer. pol. h. c. W. Beufenberg, Dortmund.

Chemnitz, den 5. Dezember 1921.

7572

**Sächsische Maschinenfabrik vorm. Richard Hartmann
Aktiengesellschaft**

Dr. Krüger, Dr. Döhne, Friedler, Schulte.

Commerz- und Privat-Bank

Aktiengesellschaft.

In der außerordentlichen Generalversammlung unserer Aktiengesellschaft am 29. November 1921 ist die Erhöhung des Grundkapitals unserer Gesellschaft um nom. Br. 150 000 000.— durch Ausgabe von Stück 150 000 auf den Inhaber lautend, vom 1. Januar 1922 ab dividendenberechtigte Aktien über je nom. Br. 1000.— beschlossen worden.

Die neuen Aktien sind von einem Konsortium mit der Verpflichtung übernommen worden, den Aktionären der Gesellschaft ein Angebot zu machen daran, daß mit einer Ausschüttung von zwei Wochen auf je nom. Br. 3000.— alle Aktien eine neue Aktie über nom. Br. 1000.— zum Preis von 250 % bezogen werden kann.

Nachdem der Erhöhungsbeschluß in das Handelsregister eingetragen worden ist, fordern wir in namens des Konsortiums die Aktionäre hierdurch auf, das Bezugrecht unter folgenden Bedingungen auszuüben:

1. Die Anmeldung zur Ausübung des Bezugrechts hat bei Vermeidung des Aufschlusses vom 6. Dezember 1921 bis zum 22. Dezember 1921 einzließlich bei unserer Niederlassung in Hamburg, Berlin und Magdeburg sowie bei unseren sämtlichen Filialen und Zweigstellen,

ferner:

in Cassel bei dem Hessischen Bauverein Aktiengesellschaft, in Chemnitz bei unserer Niederlassung und bei dem Chemnitzer Bau-Verein,

in Löbau bei unserer Niederlassung und bei dem Bauhaus A. H. Stein, in Dresden bei unserer Niederlassung und bei dem Chemnitzer Bau-Verein,

in Halberstadt bei dem Vogtländischen Credit-Anstalt, in Frankfurt a. M. bei unserer Niederlassung und bei dem Herren J. Trenz & Co.

in Gera (Ren.) bei der Actima Gebr. Oberländer,

in Göttingen bei dem Bankverein Göttingen Aktiengesellschaft,

in Löbau bei der Löbauer Bank,

in München bei unserer Niederlassung und bei der Bayerischen Vereinsbank,

in Weimar bei unserer Niederlassung und bei der Thüringischen Landeskredit Aktiengesellschaft

zu erzielen, und zwar provisfrei, sofern die alten Aktien nach der Nummernfolge geordnet ohne Dividendencheinbogen mit einem doppelt ausgestempelten Anmeldeschein, wofür Formulare bei den genannten Stellen erhaltenlich sind, während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden eingerichtet werden.

Soweit die Ausübung des Bezugrechts im Wege der Korrespondenz erfolgt, werden die Bezugsstellen die übliche Bezugsprovision in Auseinandersetzung bringen. Die alten Aktien werden abgestempelt zurückgegeben.

2. Der Bezugsspreis von 250 % zugänglich Schlusscheinstempel ist bei der Anmeldung in bar zu entrichten. Die Bezugsstellen sind bereit, die Bewertung oder den Zulauf von Bezugsscheinen zu vermitteln und sich entsprechende Spesen zu regulieren.

3. Die Ausbildung des neuen Aktienkunden erfolgt nach deren Herstellung laut besonderer Bekanntmachung gegen Rückgabe der erzielten Bescheinigung bei derjenigen Stelle, welche die Bescheinigung ausgestellt hat.

Die Bezugsstellen sind berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Legitimation des Beziehers des Rauschmittels zu prüfen.

Hamburg, den 5. Dezember 1921.

Commerz- und Privat-Bank

Aktiengesellschaft.

7575

Am 2. Januar 1922 sind hier zu besetzen:

a) 1 Gemeinde- u. Steuerklassierstelle (Sekretärstelle),

b) 1 Vermögensklassierstelle.

Zu a) Gefordert wird eine in allen Zweigen der Gemeindeverwaltung und insbesondere im Polizei-, Polizei- und Sicherheitswesen erfahrene Persönlichkeit rezipiert. Anstellung erfolgt nach Gruppe VI der Bevölkerungsordnung; die Stelle ist pensionsberechtigt.

Zu b) Es wird auf eine in allen Zweigen der Gemeindeverwaltung und insbesondere im Polizei-, Polizei- und Sicherheitswesen erfahrene Persönlichkeit rezipiert. Anstellung erfolgt nach Gruppe V der Bevölkerungsordnung; die Stelle ist pensionsberechtigt.

Heute bis spätestens 18. Dezember d. J. erbeten.

Niederwiesa, am 5. Dezember 1921.

Der Gemeindevorstand.

6. Hausmusikabend
der Dresdner Stadtmmission

Dienstag, den 13. Dezember

abends 1/2 Uhr

Zinzendorfstraße 17

unter gütiger Mitwirkung von Fr. Johanna Cyriacus (Gesang), Frau Käthe Becker (Sprechvorträge), Herrn Kirchenmusikdirektor Pfannstiel (Orgel), dem Missionärsklavierensemble, Franzenchor und Bläsersextett der Stadtmission.

Karten zu 3,60 (num.) und 1,80 M. (unnum.) einschl. Steuer u. Progr. in der Kanzlei d. Stadtmision, Zinzendorfstr. 17, 8-3, Buchhandlung der Stadtmision, Zinzendorfstr. 23, 8-6, bei Herm. Koch, Altenmarkt, und im Schnittwarengeschäft Hinkefeil, Louisenstr. 23. 7574

KLEINKUNSTBÜHNE
BELVEDERE

UNTERER SAAL

Heinz Krüger :: Christa und Eva Burgas
Felix Schwarzeck

Arosa und Ramiro, orig. spanische Tänzer

Curt Graf :: Claire Carmen

Kinderballetti Kreideweiss

Kapelle Heinz Elber :: Am Flügel Frank Roll